

Arbeiter-Zeitung

Zonnerstag, 28. Januar 1937
Ausg. A. 14. Jahrgang Nr. 21

Einzelheft 10 Pf. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage. Bezugspreis: Abbest. 30 Hf. + 8 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatlich 2,10 RM. + 50 Pf. Botenlohn = 2,60 RM., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 RM., unter Streifenband 3 RM. Anzeigenpreis: Die abgehaltene Zeilenzeile oder deren Raum 12 Pf., Verlags- u. Veranlagungsanzeigen 6 Pf. Kleinaufträge: Die dreizehntägige Zeilenzeile oder deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmestunde in der Hauptredaktion nur 8 Uhr; in den Filialen am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlesien

Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 89. Postfachkonto: Breslau Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Korrespondenz). Fernsprecher 439 02. Ebrechzeit der Redaktion: Montag bis Freitag von 17—18 Uhr. Filialredaktion: G. Hellig, Curtz 4, Fernsprecher 2381. Geschäftszeit von 8—10 Uhr. — Verlagsort: Breslau. — Verlag: Schlesische Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 89.

20 000 Bergarbeiter im Streit

Drei weitere Gruben haben sich dem Streit angeschlossen — Vor weiterer Streitverbreiterung

Gegen Lohnabbau und Pilsudski-Diktatur

Rattowitz, 28. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Streikfront der ostoberschlesischen Bergarbeiter hat eine Erweiterung erfahren. Dem Streit haben sich gestern die Laura-Grube, die Langewitz-Grube und die Barbara-Grube angeschlossen. Es streiken ungefähr zurzeit 20 000 Bergarbeiter. Die Kampf Stimmung ist im Steigen begriffen und es ist damit zu rechnen, daß heute weitere Gruben in den Streit treten.

Vom „zweiten Mann“ zur „Eisernen Front“

Vor einem Jahr gab Wels für die Sozialdemokratische Partei die Parole heraus: „Wo bleibt der zweite Mann?“ Der zweite Mann, der parteilose Arbeiter, hat die Partei der Roten Verordnungsorgane gemieden. Der „zweite Mann“ hat dem sozialdemokratischen Parteivorstand die kalte Schulter gezeigt.

Morgen politischer Massenstreik in Braunschweig

Braunschweig, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Die Erregung über den Tod des Reichsbannerarbeiters Meier ungeheuer empörten Arbeiterschaft wächst ständig. Unter dem Schutze der Polizei durchziehen mit Knüppeln und Eisenstangen bewaffnete Nazis die Stadt und überfallen einzelne Arbeiter und Reichsbannerarbeiter. Zur Verstärkung des Terrors haben die Nazis aus Berlin und anderen Orten Verstärkung bestellt, darunter den berühmtesten Mordsturm 33. Es ist darum mit neuen schweren Zusammenstößen zu rechnen.

Die Arbeiterschaft sammelt sich in roter Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei. Um diesen Kampf zu hemmen, hat die Polizei zwei führende Genossen der Braunschweiger Partei in Schutzhaft genommen. Sie sollen so lange in Haft bleiben, bis wieder „Ruhe“ hergestellt ist.

Unter dem Druck der maßlos empörten Arbeiterschaft haben SPD, ADGB und Reichsbanner ihre ursprüngliche Parole, nur fünf Minuten Trauer am Tage der Beerdigung des Reichsbannerkameraden Meier einzulegen, fallen lassen müssen. Diese reformistischen Organisationen haben sich jetzt der Parole der Kommunistischen Partei, am Beerdigungstage einen Proteststreik durchzuführen, anschließen müssen. Mit Ausnahme der lebensnotwendigen Betriebe werden also morgen alle Braunschweiger Betriebe stillstehen. Es ist mit einem Massenaufmarsch von zehntausenden Arbeitern zu rechnen. Die Bewegung steht vollkommen unter dem Einfluß der Kommunistischen Partei.

Der Braunschweiger Polizeipräsident hat eine Polizeiverordnung erlassen, wonach das „Stehenbleiben ohne ersichtlichen Grund, das müßige (?) Auf- und Abgehen sowie Ansammlung von Personen unter freiem Himmel“ verboten ist. Gleichzeitig wurden alle aus Anlaß der Beerdigung des von uns verurteilten ermordeten Jungarbeiters geplanten Kundgebungen verboten. Mit diesen Polizeiverordnungen soll der Vormarsch der roten Einheitsfront gegen den Naziterror aufgehalten werden.

KPD.-Erfolg im DNb. Miesty

Miesty, 27. Januar. Die Wahlen zur Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes sind ein glänzender Sieg für die Opposition. Von sieben Verwaltungsmitgliedern wurden vier Genossen der Opposition gewählt. Die Verwaltung lag bisher gänzlich in den Händen der Reformisten.

Wieder ein neuer KPD.-Erfolg an der freigewerkschaftlichen Front. Dieses Beispiel muß mit dazu beitragen, unsere Arbeit in den Gewerkschaften gegen die Bürokratie und ihre willfährigen Elemente zu vereinfachen. Die Fraktionsarbeit der KPD. muß in den Gewerkschaften stärker wie bisher eintreten. Dort wo noch keine Ortsverwaltungswahlen stattgefunden haben, müssen die KPD.-Kollegen sofort in einer Sitzung dazu Stellung nehmen. Unsere Fraktionen müssen jetzt auch die Frage der Kandidatur des roten Arbeiterkandidaten, Genossen Ernst Thälmann, in den Mitglieder- und Delegiertenversammlungen usw. stellen. Auch die freigewerkschaftlichen Kollegen müssen sich für den roten Arbeiterkandidaten, gegen den Kandidaten oder die Kandidaten der Reichen entscheiden.

Jungarbeiterstreik gegen Arbeitsdienstpflicht

Waldenburg, 27. Januar. Die Jungverwerbslosen in Wüstegiersdorf, die Zwangskurse — die verfeinerte Form der Arbeitsdienstpflicht — durchführen sollten, sind heute geschlossen in den Streit getreten. Der Streik steht unter Führung der KPD. Die Jugendlichen wählten sich ihren Kampfausschuß und sind entschlossen, so lange die Kampffront aufrechtzuerhalten und zu erweitern, bis ihre Forderungen restlos erfüllt werden.

Nach 30 Jahren SPD.-Mitgliedschaft zur KPD.

Sörlich. Der Kommunistischen Partei ist der Genosse Heinrich Richter aus Rothwasser O. belgetreten. Richter ist Mitglied des Bauergewerksbundes seit dem Jahre 1896, Mitglied der SPD. seit 1901. Er war lange Jahre Gemeindevorsteher der SPD. in Rothwasser. Der Genosse Richter sowie ein weiterer sozialdemokratischer Arbeiter aus Rothwasser sind bei einem von uns veranstalteten Diskussionsabend übergetreten.

Wir begrüßen die Genossen, die die Partei des Klassenverrats, der Roten Verordnungsorgane und des Lohnraubs verlassen haben, die den Weg zur Partei Lenins, Stobneds und Luxemburgs gefunden haben. Wir bringen erneut den Schluß des Appells, den das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Deutschlands an die SPD.-Arbeiter richtete:

„Wir Kommunisten sagen euch deshalb: Wir sind ehrlich für die Einheitsfront mit euch sozialdemokratischen Arbeitern. Euer Wille zur Einheitsfront ist nicht der Kampf für die Verteidigung der bürgerlichen staatlichen Positionen von Polizeiministern und Polizeipräsidenten, sondern für die Verteidigung der proletarischen Massen- und Lebensinteressen. Eure Einheitsfront kann nur im schärfsten Kampfe gegen die Brüning-Braun-Severing-Diktatur den Faschismus überwinden und die Nationalsozialistische Partei des Arbeitermordes zerschlagen.“

Es lebe die kämpfende proletarische Einheitsfront! Es lebe der brüderliche gemeinsame Kampf der kommunistischen, sozialdemokratischen und aller Arbeiter gegen die Feinde der Arbeiterklasse!
Es lebe der revolutionäre Sieg des Sozialismus in Deutschland!“

Wo blieb der zweite Mann? 200 000 „zweite“ Männer traten als neue abgerechnete Mitglieder in die Sturmreihen der deutschen Sektion der Kommunistischen Weltpartei ein. Vielleicht 1 1/2 Millionen oder mehr haben sich in diesen zwölf Monaten der proletarischen Einheitsfront des Kommunisten nicht nur als neue Wähler, sondern als Mitkämpfer an allen Fronten des revolutionären Klassenkampfes angeschlossen.

Der zweite Mann am Schraubstock, der zweite Mann auf der Straßenbahn und auf dem Omnibus oder in der U-Bahn, der zweite Mann an der Stempelstelle, der zweite Mann im Wartezimmer auf dem Volksfahrtsamt, der zweite Mann in der Mietkammer oder in den kammertlichen Fäden der Laubkolonnen — er hat sich mit Verachtung von der Sozialpolitik der Sozialdemokratie für die kapitalistische Diktatur abgewandt. Er hat die rote Front als seine Front erkannt. Schulter an Schulter mit den Kameraden der gleichen Rot, Hand in Hand mit den proletarischen Frauen — sie alle kämpfen für unsere proletarische Klasse.

Sie haben durch ihre eigenen bitteren Erfahrungen im vergangenen Jahre der Brüningdiktatur die Möglichkeit der großen Lösung des internationalen proletarischen Kampfliedes erkannt:

„Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun.“

Aber auch Tausende und aber Tausende der „ersten“ Männer, der Arbeiter der Sozialdemokratie und des Reichsbanners, haben mit heißer proletarischer Empörung die Reihen der Welspartei in diesem Jahre verlassen. 5, 10, 15, 20 Jahre haben sie in jener Partei gestanden, immer wieder schon von Zweifel erfüllt — an eine Wandlung dieser Partei geglaubt und doch erkennen müssen, daß diese Partei unumwandelbar ein Instrument der kapitalistischen Klassenherrschaft, die wichtigste Stütze der kapitalistischen Diktatur, eine Partei des Streikbruchs und der sozialfaschistischen Unterdrückungspolitik geworden ist.

Kan lese die Erklärungen, die fast täglich in der kommunistischen Presse veröffentlicht werden: Jeder Satz eine Abrechnung mit den Wels und Freisheid! In jedem Satz die Erkenntnis, daß die einzige Partei des revolutionären Sozialismus, die einzige proletarische Klassenpartei die kommunistische Partei ist.

So hat Herr Wels seine Kellnerkammer für den „zweiten Mann“ vergeblich gerührt. Lauter als die trügerischen Lötöne der Sozialdemokratie war die Sprache ihrer knapellofen Unterdrückung der Roten Verordnungsorgane. Eindringlicher als die größten Suchtuben in den Kuffen des „Vorwärts“ wirkten die Folgen des sozialdemokratischen Arbeiterverrats, die jede Arbeiterfamilie und jeder Angestellte am eigenen Leibe zu spüren bekam. Heberzeugender als alles Gerede der SPD. über den „Sozialismus“ ist die Sprache der Tatsachen ihrer

Wir eröffnen den Wahlkampf Thälmann gegen Hindenburg

Kandidat der Arbeiterklasse

Kandidat der Kapitalisten

Darüber spricht in einer öffentlichen Volks-Versammlung

am Donnerstag, 28. Januar, im Schießwerder der Gen Fritz Jendrosch

Mitglied des Preussischen Landtages. Beginn 20 Uhr. Eintritt: Vollarbeiter 30 Pfg., Erwerbslose 15 Pfg.

Betriebsarbeiter, Erwerbslose, Angestellte, Beamte, Mitteleändler, SPD.- und SAP.-Arbeiter, erscheint in Massen

Kampfpolitik, die antihydraulische, antimilitärische, antiparlamentarische und der Unterjochung der Bauern dient.
Es ist nichts Neues, daß ein bankrotter Bauer sich eine neue Nische sucht. Da kommen nun die Herren vom sozialdemokratischen Parteiparlament und die patentierten Streikführerorganisationen von der Spitze des ADGB, mit samt ihrem neuen Militärspzialisten Holtermann — und geben statt der Parole vom „zweiten Mann“ die Parole von der „Eisernen Front für Volksrechte, gegen Diktatur“ heraus. Jede Forderung in dem geistlichen Aufbruch der „Eisernen Front“ ist eine Lüge und wird durch die bisherigen Taten dieser Führer widerlegt.

„Eiserne Front für soziale Gerechtigkeit!“ Sie ist für die Notverordnungspolitik, für den Lohnabbau, für den Streikbruch, für den Unterjochungsabbau, für den Rentenabbau. Sie ist mit Herz und Hand für alle vier Notverordnungen eingetreten.

„Eiserne Front für wirtschaftliche Gesundung!“ Sie ist mit Brüning für die Millionenangelegenheiten der bankrotten Industriellen und Großbanken, für die Massenentlassungen der Arbeiter und Angestellten, für den Schug und die Verteidigung des kapitalistischen Profitstystems eingetreten.

„Eiserne Front für außenpolitische Freiheit!“ Sie tritt für die Youngpolitik der deutschen Bourgeoisie ein — und soeben hat erst die Kölner Tagung der 11. Internationale die Verewigung des ausbeuterischen Systems der imperialistischen Tribute in ihrer Entschiedenheit unterstügt. Wie die deutsche Sozialdemokratie für Wehrlos und Panzerkreuzer, so treten die französischen „Sozialisten“ für die mahnwichtige Rüstungspolitik des französischen Imperialismus ein.

„Eiserne Front für Volksrechte, gegen Diktatur!“ Wer hat die proletarischen Demonstrationen, wer hat den ADGB, wer in zahllosen Fällen die proletarischen Zeitungen verbrennt? Seduzierung, Grabschlag und andere sozialdemokratische Polizeipraxis! Wer hält die SA legal? Die Preußenregierung! Wer unterstügt die Durchführung der faschistischen Diktatur, wie sie unter Brüning's Führung betrieben wird? Die SPD!

Jede politische Handlung der Sozialdemokratie gilt der Beseitigung der Volksrechte und der Verteidigung der kapitalistischen Diktatur.

Die „Eiserne Front“ vertritt diese Politik! Sie will durch lautes Geschrei gegen die Nazi-Partei ablenken von der Rolle ihrer eigenen Politik, die den Hitlerfaschisten überall den Weg bereitet. Niemand anders als die Sozialdemokratie hat dadurch, daß die Nazis ihre kapitalistische Politik als „Marxismus“ hinstellen können, den antimarxistischen Betrug der nationalsozialistischen Scheibhüter des Kapitalismus ermöglicht.

Die Parole vom „zweiten Mann“ ist der Sozialdemokratie entzogen. Sie ist verpufft. Unsere Aufgabe als Führer der roten Einheitsfront der proletarischen Revolutionen und aller Werktätigen ist es, fest den Charakter der „Eisernen Front“ als einer Schaarformation der Politik des Lohnabbaues und des Streikbruchs, als einer Schaarformation des kapitalistischen Systems, als einer Organisation zur Sicherung der Notverordnungspolitik zu enthüllen und dagegen in den Gebirgen die rote Einheitsfront des einheitlichen proletarischen Klassenkampfes zu schaffen.

Stellen wir in den Fernreden, stellen wir innerhalb der Gewerkschaften mit höchster Entschiedenheit die norddeutsche Streikführerpolitik der SPD-Führer in den Mittelpunkt der Diskussion dann wird jeder Arbeiter es ebenso als eine Unschöne empfunden, den „Hammerhaken“ von Weipart und Holtermann anzugehören, wie den Streikführer von der Rhein.

Die „Eiserne Front“ marшиert auf ökonomischen Forderungen und Reichsbannerarbeiter werden sich für eine fremde Sache, die Sache der Bourgeoisie, nicht schlagen. Sie werden für die Sache ihrer Klasse, sie werden in der roten Einheitsfront unter Führung der Kommunistischen Partei bei den kommenden Kämpfen marschieren.

Schäfer als die „Eiserne Front“ ist der revolutionäre Marxismus!

Der blutige Naziterror in Braunschweig

Das Zeugnis eines bürgerlichen Wirtes.

Der Korrespondent der bürgerlichen „Berliner Volkszeitung“, eines Organs, das bei jeder Gelegenheit eine wilde Kommunifenschege entfaltet, berichtet am 26. Januar aus Braunschweig:

„Die Nationalsozialisten setzen ihre planmäßigen Provokationen der Arbeiterbevölkerung fort. Heute abend rückten die Inassen der SA-Heime geschloffen aus, mit Melde- und Aufklärungsfahrern an der Spitze. Ein Oberführer leitete, ähnlich wie seinerzeit auf dem Ausrüstendamm, die gegen Arbeiterviertel gehende Aktion von einem Auto aus. Die Nationalsozialisten, die mit Säcken und Eisenstangen, und wie sich später herausstellte, auch mit Schusswaffen versehen waren, schwenkten aus und schlugen auf Passanten, Neugierige usw. ein. Die Arbeitererschaft der bedrohten Strassen setzte sich zur Wehr. Es kam erneut zu blutigen Zwischenfällen, bei denen von nationalsozialistischer Seite auch geschossen wurde. Die Zahl der Verletzten steht noch nicht fest. Schaulustiger gingen in Trümmer. In der ganzen Stadt herrschte größte Aufregung.“

Diesem systematischen Naziterror ist in den letzten Tagen der Reichsbannerarbeiter Meier zum Opfer gefallen. Die Arbeiter brängen zum Zusammenschluß und zum Proteststreik, doch die sozialdemokratischen Führer Braunschweigs wüßten in diesem Moment nichts anderes zu tun, als eine wilde Hege gegen die rote Einheitsfront zu entfalten und mit allen Mitteln gegen das Zustandekommen von Protestaktionen zu arbeiten. Aber nicht nur das. Der nationalsozialistische Innenminister Klages landete dem sozialdemokratischen Volksfreund eine Verurteilung, daß der Reichsbannerarbeiter Meier von seinen eigenen Kameraden erschossen worden sei. Das sozialdemokratische Blatt drückte diese Ingeheuerliche Verurteilung ab. Klages betrieb sich bei seiner Forderung auf die Presse-Notverordnung der Brüningregierung, deren Aufhebung die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ausdrücklich abgelehnt hat. So haben die SPD-Führer den Nazis die Waffen gegen die Arbeiter in die Hand gegeben. Der nationalsozialistische Innenminister Klages braucht sich nur der von den SPD-Führern begünstigten Notverordnungen zu bedienen, um eine Zwede zu erreichen.

Wie überall in Deutschland erkennen besonders auch die Arbeiter in Braunschweig, in welcher Weise die SPD-Führer bei der Durchführung der faschistischen Maßnahmen mitwirken haben. In immer größerer Zahl ziehen sie daraus die Konsequenz, die Kampfstreifen der roten Einheitsfront zu verstärken.

Kampfforderungen der wertfätigen Bauern!

Einflimmig erhoben vom Reichs-Bauernkongreß

Auf dem ersten deutschen Reichsbauernkongreß am 23. und 24. Januar in Berlin wurde einflimmig eine Kundgebung angenommen, in der als wichtige Kampfforderungen u. a. angeführt werden:

1. Alle Mühlstände öffentlicher Abgabe-Dakten für die schaffenden Bauern, Pächter und Siedler zu streichen, alle Pfändungen und Zwangsversteigerungen gegen sie einzustellen. Beseitigung der hohen Steuern und Abgabekosten für die wertfätigen Bauern.

2. Entschuldung des bäuerlichen Besitzes und der Siedlerstellen von Hypotheken-Dakten, Herabsetzung der Pachtzinssätze für kleine und mittlere Pächter, Schug vor Entziehung des Pachtlandes durch den Pächter, kurzfristiges Kündigungsrecht für den Pächter, Aufhebung der Beschränkungen des Verfügungsrechtes über den Boden und die Produkte der Bauernschaft durch Aufhebung des Reichsmilchgesetzes, des Anbauverbotes für Hybridenreben, der Zuderrüben- und der Tabak-Kontingentierung und der Beschränkung für bäuerliche Kleinbrenner.

3. Beseitigung des Landhungers der landarmen Bauern, Jungbauern und Landarbeiter durch kostenlose Bereitstellung der Robens der Großgrundbesitzer und aller nutzbaren, aber nicht bewirtschafteten Flächen.

4. Statt Diktatur — Hilfe für die schaffenden Bauern. Einstellung jeder staatlichen Hilfe für die Großbetriebe und Uebergabe der hierfür bewilligten Mittel für Bauern, Pächter und Siedler. Sofortige Beseitigung aller bäuerlichen Familienbetriebe mit verbilligter Saatfrucht, Düngemittel- und Kraftfuttermitteln, sowie notwendigen Wirtschaftsgütern unter zinsloser Etundung des Kaufpreises.

5. Herabsetzung der Prämien für alle landwirtschaftlichen Versicherungen sowie der elektrischen Strompreise und Streckung aller öffentlichen Gebühren.

Unentgeltliche Fachberatung (Bodenuntersuchung usw.) durch die Landwirtschaftskammer.

6. Uebernahme der alle wertfätigen Schichten bedrückenden Soziallasten sowie der Kreis- und Gemeinde-Ausgaben für soziale Fürsorge durch den Staat. Besondere Unterstützung der armen Gemeinden, Sicherstellung kostenloser ärztlicher und tierärztlicher Hilfe und Sicherung des Lebensabends der wertfätigen Bauern und Bäuerinnen.

7. Behebung der Abzugsrisse für Produkte der bäuerlichen Wirtschaft durch einschneidende Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit und durch Erhöhung der Löhne. Großzügige Notstandsarbeiten auf dem Gebiete der Meliorationen, Aufzucht, Verbesserung der Verkehrsverhältnisse, wozu die Mittel aus der Einstellung der hohen Pensions- und Gehaltszahlungen und durch Besteuerung der hohen Einkommen zur Verfügung stehen.

8. Beseitigung der Kulturnot des Landes durch Ausbau des Dorfschulwesens, Schaffung von Gemeindebüchereien, unentgeltlicher landwirtschaftlicher Fortbildungs-Kurse unter Einstellung auf die Bedürfnisse der Bauernwirtschaft.

9. Freilassung aller revolutionären bäuerlichen und proletarischen Gefangenen, Niederschlagung aller Strafen wegen Uebertretung bauernfeindlicher Verordnungen und Gesetze, Einstellung aller Prozesse gegen revolutionäre Bauern.

10. Aufhebung der Notverordnungen der Regierungen des Reiches und der Länder.

Schon aus diesen Forderungen ist zu ersehen, daß die Maßnahmen der herrschenden kapitalistischen Klasse dazu geführt haben, daß der wertfätige Bauer in vielfacher Form bedrückt, ausgefogen und in tiefste Not geführt worden ist. Auch die Arbeiterschaft muß überall erkennen, wo den wertfätigen Bauer der Schug brüht, denn gemeinsam müssen Arbeiter und Bauern um ihre Forderungen, um Brot und Freiheit, den Kampf führen.

SPD-Arbeiter rufen!

„Wie wählen Thälmann!“

Berliner Abteilungsverammlung in größter Empörung gegen den Hindenburgkurs

Auf dem Jahlabend der 39. Abteilung der Berliner SPD am 13. Januar im Baugewerkschaftshaus Großbeerenstraße kam es zu schärfsten Zusammenstößen zwischen dem Referenten Krottschiner und den sozialdemokratischen Arbeitern. Schon während des Referats herrschte eine große Unruhe, die sich zu einem richtigen Tumult steigerte, als der Referent auf eine Anfrage, ob die SPD für Hindenburg stimme, erklärte: „Wir sind in einer sehr schwierigen Lage. Hindenburg ist in diesem Falle das „kleinere Uebel“.“

Diese Aeuerungen gingen unter in stürmischen Zwischenrufen der sozialdemokratischen Arbeiter. Die empörten Arbeiter riefen: „Wir wählen Thälmann!“

Die Diskussionsredner rechneten scharf mit der Hindenburg-Politik der SPD ab. Der Abteilungs vorsitzende erklärte, daß auf die Stimmen der Mitglieder oben nicht gehört werde. Diese Politik der Partei könne man nicht mehr verantworten.

Ein anderer Diskussionsredner trat für die Diktatur des

Proletariats ein, von der in der SPD nicht mehr die Rede sei.

In seinem Schlußwort entschuldigte sich Krottschiner und erklärte, er habe in der Frage der Hindenburgwahl nicht seine Meinung wiedergegeben, sondern das, was Dr. Herk auf der Referentenkonferenz der SPD erklärt hätte. Diese Mitteilung löste einen erneuten Sturm der Empörung aus.

Die Vorgänge in der 39. Berliner Abteilung sind symptomatisch für die Einstellung der sozialdemokratischen Arbeiter. Die Bereitwilligkeit der SPD-Führer, gemeinsam mit den Nazis für Hindenburg einzutreten, hat vielen sozialdemokratischen Arbeitern die Augen über die wahre Bedeutung der „Eisernen Front“ geöffnet. Die „Eiserne Front“ ist die Front für Hindenburg und Brüning, die Front der Notverordnungs-diktatur. Aber die sozialdemokratischen Arbeiter reißen sich in die rote Klassenfront unter Führung der Kommunistischen Partei ein.

Parteiarbeiterkonferenz von Groß-Breslau

Gegen alle Parteifeinde!

Für die bolschewistische Geschlossenheit der Partei!

Breslau, 28. Januar. Gestern fand in „Hofmanns Festsaal“ die Parteiarbeiterkonferenz für Groß-Breslau statt. Der Genosse Wommerer behandelte in seinem Referat die politische Lage, in Verbindung damit die verhärtete Lage der Partei und die Aufgaben der Partei. Der Genosse Wommerer sprach sich auf die fortgesetzten Versuche des „Abwärtens“, der mit den Mitteln der Provokation, des Spiegels und des Schloßens usw. versucht, die Partei zu zerlegen, und beschränkte ausführlich: Warum die Parteiführung Josef Hentschel und August Reimann aus der Partei ausschließen mußten?

Der Vertreter des SA der Partei ging ein auf die Rolle der Partei im revolutionären Massenkampf; behandelte das Wesen der Parteidemokratie und der revolutionären Disziplin und rechnete scharf ab mit allen offenen und versteckten Parteifeinden. Die Genossen, die hier als Verteidiger von Reimann auftraten, haben vor der Parteiführung klipp und klar zu erklären, ob sie mit Reimann, oder mit der Partei gehen wollen? Während man sich in den anderen Bezirken und Ortsgruppen der Partei über die Frage beschäftigt: Wie führen wir am besten und schnellstens die Beschlüsse der Partei durch, beschäftigt man sich hier mit Fragen, die die Partei von ihrer revolutionären Massenarbeit abhalten.

Wir müssen endlich auch in Breslau an die wirkliche Durchführung der politischen Aufgaben herangehen. (Beifall.)

Nach einer ausführlichen Diskussion, in der im Vordergrund die politischen Aufgaben standen, wurde die nachstehende Entschloffenheit mit überwältigender Mehrheit angenommen. Von über 180 anwesenden Parteiarbeitern, haben nur zwei gegen die Entschloffenheit gestimmt. Der Stimme haben sich 8 Teilnehmer enthalten.

Die gültige Breslauer Parteiarbeiterkonferenz hat klar und deutlich hervorgehoben, daß die Breslauer Parteiorganisation auf dem Wege ist, die Reihen gegen alle parteifeindlichen und parteiverleumdenden Elemente zusammenzureißen.

Die heute, am 27. Januar, tagende Parteiarbeiterkonferenz von Groß-Breslau begrüßt den Beschluß der Parteiführung auf Anschluß der früheren Mitglieder August Reimann und Josef Hentschel wegen ihres Kampfes gegen die Parteiführung und Parteiführung mit fraktionellen und provokatorischen Mitteln, wegen ihrer parteizergehenden Arbeit. Sie haben sich mit allen schwankeuden und zerlegten Elementen in der Partei strotzueckel zum Kampf gegen die politische Linie der Partei und gegen die Parteiführung zusammengeschlossen. Die sich immer mehr zuspitzende politische Situation, die sich von Tag zu Tag

verschärfenden Angriffe des Klassenfeindes gegen die Partei des Proletariats, gegen die Partei, die die entsetzlichen Massenkämpfe zum Sturz des bankrotten kapitalistischen Systems vorbereitet, erfordert von jedem Parteimitglied ein Höchstmaß von revolutionärer Disziplin und Tatkraft. Solche Elemente sind nicht nur ein Bremskloß in der Entfaltung der revolutionären Massenarbeit, sie sind im wahrsten Sinne Parteifeinde. Ihr Ausschluß wird dazu angetan sein, die Reihen der Partei in bolschewistischer Weise zusammenzureißen, die Schlagkraft der Partei im Kampfe gegen Notverordnungs-diktatur, Lohnraub und Faschismus, gegen alle Volksfeinde zu erhöhen.

Die Parteiarbeiter, die auf dem Boden der bolschewistischen Generallinie stehen, werden mit verzehnfachter Kraft sofort an die Durchführung der drei wichtigsten Aufgaben — Organisation von Massenstreiks, Massenaktionen der Erwerbslosen, verstärkte Oppositionsarbeit in den ADGB-Gewerkschaften — herangehen.

Die Parteiarbeiter werden sofort in die Kampagne zur Reichspräsidentenwahl in der Linie der revolutionären Massenmobilisierung eintreten.“

Klages diffidiert mit Notverordnung

Obwohl durch Zeugen einwandfrei festgestellt ist, daß der Minister des Reichsbannerführers Meier in Braunschweig ein nationalsozialistischer ist, hat am Dienstag der nationalsozialistische Polizeiminister Klages in einer amtlichen Verlautbarung, zu deren Aufnahme er den sozialdemokratischen „Volksfreund“ auf Grund der Notverordnung zwang (!), die unwahre Behauptung seiner Parteifreunde aufgegriffen, Meier sei von seinen eigenen Reichsbannerkameraden erschossen worden.

Schafft rote Wahlhelfergruppen zur Reichspräsidentenwahl!

Breslau

Breslau, 28. Januar.

Die Massen marschieren mit Lenins Partei

Die am Dienstagabend im „Vergeltter“ stattgefundene 22. Gedenkfeier nahm einen glänzenden Verlauf und zeigte erneut die Verbundenheit der Massen des Proletariats mit der Partei Lenins, Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Die proletarischen Weissen des Arbeiter-Musik-Vereins leiteten die Veranstaltung ein.

Nach einer kurzen Einleitung nahm die Kundgebung ihren Anfang. Die Darbietungen der Kindergruppe und des Mundharmonika-Vereins bestanden mit großem Beifall aufgenommen. Der Arbeiter-Sportverein „Fichte“ brachte sehr gut gelungene sportliche Darbietungen. Die Gedächtnisrede hielt Genosse Frank. In mitreißender und auferweckender Weise zeigte er den Weg, den unsere in den Januarjahren gemordeten und geliebten Führer Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg gegangen sind. In zündender Weise zeigte er das Leben unseres großen Führers Lenin.

Leider konnte das vorgesehene Programm nicht in seiner Folge durchgeführt werden, da der angeforderte Redaktor durch verschiedene Umstände an seinem Erscheinen verhindert war. An seiner Stelle brachte ein anderer einige Vorlesungen. Am Schluss spielte die Kapelle die „Internationale“, in welche die Anwesenden lebhaft mitwirkten. So fand diese gut besuchte proletarische, von revolutionärem Geist getragene Veranstaltung ihr Ende.

Frau vom Ohlauer Tor!

Wohin geht du am Freitag, dem 29. Januar? Ins Kino? Nein. Du kommst in den Buntten Abend zu Zoublik, Königgräber Straße 10. Dort hörst du Lieber, Rezitationen und ein Theaterstück. Frauenabteilung St.

Keine Zelle, keine Massenorganisation ohne politischen Presseobmann

Konferenz der politischen Presseobleute von Groß-Breslau am Sonntagabend, dem 30. Januar, 18 Uhr im Expeditionsaal der „Arbeiter-Zeitung“, Trebnitzer Straße 50, Vorderhaus. Jeder Stadtteil, jede Zelle, jede Massenorganisation entsendet ihre politischen Presseobleute. Verlag der „Arbeiter-Zeitung“.

Unter Kontrolle der Massen

Sturmwoche des SPD. und wie sie sich der Polleiter von Scheitern stellt. Als Auftakt der Sturmwoche findet am Sonntagvormittag eine Haus- und Hofpropaganda statt. Der Polleiter des Stadtteils Scheitern, Genosse W., erklärte in einer Aussprache mit einem anderen Genossen: „Ich war heute vormittag auf dem Ring und konnte mich an der Agitation nicht beteiligen. Wo ich meine „Junge Garde“ verlaufe, ist doch ganz gleich.“

Solche Polleiter müssen durch die Mitglieder schnellstens entfernt werden. In der heutigen Situation dürfen wir solche Elemente in der Führung unseres Verbandes nicht mehr dulden. Wir fordern alle Jungkommunisten und darüber hinaus alle Jungarbeiter auf, mit uns gemeinsam den Kampf gegen diese Erscheinungen aufzunehmen.

JKS, Stadtteil Zentrum

Wegen der am Freitagabend in Hoffmanns Festsaal stattfindenden 22. Gedenkfeier findet die angeordnete Versammlung nicht statt. Es wird ersucht, daß alle Mitglieder die Veranstaltung, bestehend in musikalischen Darbietungen des Arbeiter-Musikvereins und des Arbeiter-Sportvereins, „Fichte“, „Rosenkrieger“, Jugendklub und der Agitationsgruppe der Jungpioniere und sportlichen Darbietungen, besuchen. Mitwirkung namhafter Künstler ist auch ungewiss.

„Landvolk in Not“

Dem Wunsch der Rotgemeinschaft werltätiger Bauern Schlesiens entsprechend, hatte die 22. Schlesia der SPD. alle Landobleute und Funktionäre der Partei und aller Nebenorganisationen für Montag, den 26. Januar, zum Besuch des Dreh-Stich-Films „Landvolk in Not“ ausgerufen. Der Film zeigte im ersten Teil, wie das deutsche Landvolk immer tiefer und tiefer ins Elend stürzt. Der zweite Teil zeigte klar, warum dies im kapitalistisch regierten Deutschland nicht anders möglich ist. Der dritte Teil bewies, daß alle Maßnahmen der kapitalistischen Regierung nicht den Werktätigen des Dorfes, sondern den Großen und Reichen hilft. Ostfriesland, Ostpreußen, Ostböhmen für die Großbesitzer; Zwangsversteigerung, Kopschneer und Notverordnungen für die Werktätigen des Dorfes. Als vierter Teil wurde uns der freie Bauer auf dem Traktor in Rußland gezeigt. Dort im Vaterland der Arbeiter und Bauern gibt es keine Dürst für die Satten. Dort gibt es Hilfe für alle Werktätigen. Der fünfte Teil zeigte den Weg, den wir gehen müssen, um auch aus dem Elend herauszukommen.

Zum Schluß erwähnte der Genosse W. alle Anwesenden, die uns zur Verfügung stehende Zeit nicht zu verschwendend, sondern alle Provokationen und Spitzel, welche die Gegner immer wieder versuchen, in unsere Reihen zu schmuggeln, um dadurch die Einheitsfront zu zerschlagen, zu beseitigen, und klar und selbstbewußt mit dem Kandidaten der Werktätigen, Ernst Thälmann, gegen den Kandidaten der Satten und Reichen den Kampf zu organisieren und zu führen. Für Land und Brot, Freiheit und Frieden!

Rote Rundfunk-Rundnotizen

Mi. Donnerstag. Die Bücherbesprecherin Christa Niesel-Lessenthin ist eine reaktionäre Schreibe, also lassen wir sie um 15.15 Uhr in die Luft gehen. — Hörnerwert sicher die „Tovograhischen Spaziergänge durch Breslau“ um 17 Uhr mit Erich Fandberg. — Besonders ist die Kriminalromane „Morgens! Nachmittags!“ um 21.10 wenigstens spannend! — Um Freitag werden wir um 15.50 in der Bücherstunde Gad M. Lippmann, der einige interessante Reiseschichten berichtet. — Von der Revue aus dem Zoologischen Museum um 17.15 versprechen wir uns nicht viel, zumal Herbert Wahlinger kein Reporter ist. — Nachdrücklich genarrt sei vor dem „Blitz in die Zeit“ um 19.30, den diesmal der deutsch-nationale Universitätsprofessor Kachler hält. Die Arbeiterhörer bilden auf ganz andere Weise in die Zeit als Herr Kachler und verzichten deshalb gern auf die Beschränkungen des Herrn Professors, der nur durch die Schuld der SPD. an Landsbergs Stelle in den „Reitblitz“ geschmuggelt worden ist. Wir wollen Herrn Kachler nicht hören! — Musikstunden hören um 20 Uhr die aus Berlin übertragene Oper „Boris Godunow“. — Über die Aufgaben der Arbeiter-Expeditionen spricht um 22.50 J. Trentzsch. — Noch immer gibt es um 23.10 die mysteriöse Ufa-Schönshaus. — Sonntagabend besprechen um 15.25 Uhr Gad M. Lippmann und Herbert Wahlinger die „Filme der Woche“. Vorsicht bei Wahlinger! — Der Bücherbesprecher Sell ist in überflüssiger „Wag“, auf den die Arbeiterhörer gern verzichten können. Abhalten 2. Teil um 15.55! — Herr Schwierschott gebietet um 17.30 auch dem patriotisch zu werden. Vorsicht! — Der Hörbericht aus dem Laboratorium der Technischen Hochschule um 19.25 lautet ebenfalls sehr, aber die aufdringliche Art des mitwirkenden Vortragenden Rosenbergs verleiht wenig Gutes. Es ist ersichtlich, wie wenig die Funkstunde sich bemüht, tüchtige Reporter heranzubilden. Das, was jetzt „Reportagen“ macht, kann überhaupt nicht ernst genommen werden!

Der „Volkswacht“ aufs Lügenmaul

Wer hilft den Faschisten zur Macht? — Wer lügt und betrügt die Arbeiterschaft?

Breslau. Die „Volkswacht“ brachte am 22. d. M. einen Artikel unter der Überschrift: „Kommunisten verhelfen den Faschisten zur Macht.“ Die Redakteure von der Klurstraße bedienen sich dabei des sozialdemokratischen Zeiters „Reichsbote“, um die Kommunisten des Betrags bezichtigen zu können. Wir haben inzwischen mit unseren Verossen in Hohenmölsen bezüglich dieser Angelegenheit Führung genommen und dazu folgendes erklärt: In Hohenmölsen in einem kleinen Industrieort im Zeiger Braunkohlenrevier fand im Dezember Gemeinderat statt. Kommunisten und Sozialdemokraten erschienen hierbei die Mehrheit. Das neugewählte Parlament tritt zusammen, um die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers und des Magistrats vorzunehmen. Bevor dieses geschieht, rief die kommunistische Stadtverordnetenfraktion zu einer öffentlichen Versammlung auf, die sehr gut besucht war. In dieser Versammlung, in der die Symbole der proletarischen Bevölkerung der SPD. gehörte, legten die Vertreter der Stadtverordnetenfraktion das kommunalpolitische Kampfprogramm der Kommunisten vor. Die Sozialdemokratie war aufgefordert worden, in dieser öffentlichen Einwohnerversammlung zu diesem Kampfprogramm Stellung zu nehmen, damit ein eventuelles einheitliches Vorgehen ermöglicht wird. Es waren unter anderem folgende Forderungen aufgestellt:

Kampf gegen Gehalts- und Unterstützungsabbau, gegen Renten-Kürzung, für ausreichende Winterhilfe der Erwerbslosen und aller Notleidenden durch die Behörden. Für Aufhebung der Notverordnungen, Wiederherstellung der Presse-, Versammlungs- und Demonstrationenfreiheit. Gegen jede Ermittlung von Proletariern. Gegen Zwangsversteigerung auch bei Kleinwerkbetreibenden. Für Jugendbeschäftigung, Wöchnerinnenchutz und Schutz für Mutter und Kind, Durchführung der Schulpolitik, Ausgabe von Milch an schwache und kränkelnde Kinder. Mietsfreiheit, freie Belieferung für Licht, Wasser, Übernahme der Arzneikosten für Erwerbslose usw. Insgesamt waren 15 Programmpunkte aufgestellt. Die Versammelten erklärten sich einstimmig für dieses Kampfprogramm.

Der Spitzenkandidat der SPD. Eichner, kurzzeit Oberhaupt der Gemeinde, sprach sich gegen dieses Kampfprogramm aus und warnte vor den Folgen der Politik der Kommunisten. Gleichzeitig gab Eichner von der SPD. zu verstehen, daß es der SPD. weniger um die Interessen der Arbeiterschaft, vielmehr aber um die Befestigung der Posten ankommt.

Die anwesenden Proletarier zeigten nun, wie sie darüber dachten, und in der öffentlichen Versammlung wurde vorgeschlagen, den Genossen Otto als Stadtverordnetenvorsteher zu wählen. Es wurde in

dieser Versammlung noch ein Kampfausschuss für die Fortsetzung der SPD. gewählt, in welchem zwei sozialdemokratische, drei parteilose und drei kommunistische Arbeiter und Arbeiterinnen hineingezogen wurden, welche die Aufgabe hatten, die Arbeiten der Fraktionen zu kontrollieren.

Beim Zusammentritt des Stadtparlaments versuchte die SPD. durch parlamentarische Schickungen zu erreichen, daß die kommunistische Fraktion ins Unrecht kommt. Da Stimmengleichheit zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten beim ersten Wahlgang herrschte, ließ der sozialdemokratische Altersvorsorger ein Los ziehen, ohne vorher festzulegen, ob das gezogene oder das zurückbleibende Los für Ausschreibung aus dem Wahlgang in Frage kommt. Auf diese Weise kam der Sozialdemokrat mit dem Bürgerlichen in die Wahl, trotz des kommunistischen Protestes. Selbstverständlich hielten unsere Genossen ihre Kandidatur aufrecht, und so wurde mit den Stimmen der Bürgerlichen der Kandidat gewählt.

Das ist kurz die Darstellung der tatsächlichen Vorgänge. Dinge lügen wir noch unsere Auffassung. Die sozialfaschistischen Volksbetrüger, welche bereits in der Volksversammlung das kommunistische Kommunalsprogramm entlehrt haben, haben damit ihre Treue zu Brünnig bewiesen und damit den besten Beweis erbracht, daß sie die Interessen der arbeitenden Bevölkerung vollkommen mißachten im Interesse der Erhaltung des kapitalistischen Systems. Ihr Geschrei: „Die Kommunisten verhelfen den Faschisten zur Macht!“ ist nichts anderes als eine ganz verlogene und unberschämte Lüge, die sie jedesmal entzünden, um ihre eigenen Schandtaten vor der werktätigen Bevölkerung zu verbergen. Gerade sie sind es doch, welche dem Faschismus den Weg bereitet haben, sie sind es doch, die es ermöglicht haben, daß durch die Brünnig-Brand- und Severing-Politik der letzte Funken der Selbstverwaltung der Kommunen beseitigt wurde. Während die Werktätigen in Stadt und Land, die Arbeiter der Betriebe und Stempelstellen die rote Einheitsfront von unten bilden gegen den immer härter amachenden Faschismus, sind die Führer der SPD. die stärkste und festeste Stütze zur Durchführung der faschistischen Diktatur, der Diktatur des Finanzkapitals in Deutschland. Und wenn man diese sozialfaschistischen Volksverräter ein Geschrei inszenieren über den kommunistischen „Verrat“ in Hohenmölsen, dann sei dem gegenüber gehalten, daß der Nazimann nichts anderes im Werk, als die Richtlinien der preussischen SPD.-Minister durchzuführen. Die Breslauer Arbeiterschaft und besonders die sozialdemokratischen Leiter der „Volkswacht“ haben durch diesen Artikel der „Volkswacht“ einen neuen Beweis der Demagogie der SPD.-Führer erhalten.

Der Kampf gegen das Lockspickeltum

Aus der Kommunistischen Internationale. Heft 12, Dezember 1931.

I.

Die Geschichte des Kapitalismus der Nachkriegszeit ist die Geschichte seines Niederganges und seiner Krise. Des erbitterten Kampfes der Bourgeoisie um die Erhaltung ihrer Klassenherrschaft. Haben sich die herrschenden Klassen in den ersten Nachkriegsjahren damit zu trösten versucht, daß die bolschewistische Revolution nur ein vorübergehender Niedervergismus sei, so bricht sich gegenwärtig unter den führenden Politikern der Bourgeoisie immer mehr die Erkenntnis Bahn, daß das ganze kapitalistische Wirtschaftssystem bedroht ist, daß der Kapitalismus äußerster Anstrengung bedarf, um sich gegen die neue, aus dem Selbstkampf der Massen emporschwebende Gesellschaftsordnung zu behaupten.

Die trotz allen Hoffnungen der herrschenden Klassen, trotz allen Versicherungen der Verteidiger der kapitalistischen Ordnung stetig wachsende Krise ist es, die diese Erkenntnis den „Staatsmännern“ der Bourgeoisie einbläutert. Den einzigen Ausweg aus der Krise sieht die Bourgeoisie in der erbitterten Diktatur gegen die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen, im Krieg gegen die Sowjetunion, in der gewalttätigen Unterdrückung der revolutionären Bewegung in den Kolonien. In dem Bestreben, die Millionenmassen der Werktätigen ins Loch schlimmer Ausbeutung zu bananen, verstärken die herrschenden Klassen immer mehr ihren imperialistischen Gewaltapparat. In einer Reihe von Ländern herrscht bereits seit langem unverhüllt die faschistische Diktatur. Ihnen folgen die größten kapitalistischen Mächte und geben immer beschleunigter zu faschistischen Regierungsmethoden über. Es genüge der Hinweis auf die Versuche, die SPD. in die Illegalität zu zwingen, auf die Verfolgung der K. P. Kanadas, die vogelfrei erklärt worden ist, usw.

Ein gigantischer Klassenkampf entwickelt sich. Die proletarischen und halbproletarischen Massen gehen zum Gegenangriff über. Die Blide der Werktätigen aller kapitalistischen Länder richten sich mit wachsender Liebe und Hoffnung auf die Sowjetunion, auf das Land, das in die Periode des Sozialismus eingetreten ist, das weder Arbeitslosigkeit noch Hunger kennt, das keine Produktionskräfte in jämmerlichem Tempo entwickelt, die Lebenslage der Arbeiter und werktätigen Bauern stetig hebt.

Doch je größer die Sympathien der werktätigen Massen für das Land des tiefsten Sozialismus, desto erbitterter der Haß der imperialistischen Mächte gegen die Sowjetunion. Ungeachtet der die kapitalistische Welt zerschneidenden Gegensätze schmelzen die imperialistischen Großmächte unermüdet den Block aller bürgerlichen Staaten für den Krieg gegen die Sowjetunion.

Die Vorbereitung des Ueberfalls auf die Sowjetunion erfordert aber die rücksichtslose Niederwerfung des revolutionären Kampfes des Proletariats, der Bauernmassen und der unterdrückten Völker. Immer höher steigt in der ganzen kapitalistischen Welt die Welle des weißen Terrors. An erster Stelle in Europa steht hier gegenwärtig das faschistische Pilsudski-Polen, das fieberhaft zum Krieg rüstet und durch die Errichtung zahlloser Galgen die wachsende revolutionäre Bewegung der Massen zu erstickend versucht.

In dieser Gefährtsperiode, wo die Frage „Wer wagt?“ nunmehr im internationalen Maßstab auf der Tagesordnung steht, immer offenkundiger entscheidende Klassenkämpfe heranwachsen, nehmen die herrschenden Klassen immer hartnäckiger ihre Zuflucht zu einer der schärfsten Kampfmethoden gegen die wachsende revolutionäre Bewegung: zur Provokation.

Die Provokation ist eine der ältesten Kampfmethoden der herrschenden Klassen gegen die werktätigen Massen. Bereits in der Frühzeit der revolutionären proletarischen Bewegung hat die englische und darauf auch die französische Bourgeoisie ein raffiniertes Lockspickeltum in Anwendung gebracht. Der russische Zarismus betrachtete Provokation, Lockspickeltum stets als seine zuverlässigste Waffe. Die Geschichte des Kampfes der Arbeiterklasse in Rußland weiß von solchen Weibern der Spitzelerei und Provokation zu berichten, wie die

Chefs der „Dorona“ (politische Geheimpolizei), Subeskin und Zubatow, von solchen Verrätern der revolutionären Bewegung, wie New und Malinowski.

Doch noch niemals ist die Waffe der Lockspickerei in so ausgedehntem Maßstab und so raffinierten Formen angewandt worden wie heute. In der Zeit der immer näherrückenden Entscheidungslinien der Massen. Es muß mit aller Offenheit gesagt werden, daß unsere Parteien diese Gefahr unterschätzen,

daß sie sich über den unzulässigen Zusammenhang zwischen der gegenwärtigen geschichtlichen Situation und der besonderen Blüte der Provokation als einer Methode des Klassenkampfes der Bourgeoisie gegen das Proletariat nicht volle Rechenschaft ablegen.

In früheren Zeiten, als die herrschenden Klassen ihre Macht als unerschütterlich betrachteten, waren die Ziele der provokatorischen Taktik verhältnismäßig eng umschrieben: die Geheimpolizei war hauptsächlich darauf bedacht, des einen oder anderen gefährlichen Revolutionärs habhaft zu werden, die eine oder andere Kampagne zu trennen, die eine oder andere Aktion der Partei zu durchkreuzen. Gegenwärtig aber, wo die herrschenden Klassen vor der kommunistischen Revolution erzittern, hat sich der „Geichtskreis“ der Geheimpolizei erheblich erweitert: sie ist bestrebt, die Bewegung von innen heraus zu demokratisieren, die Kraft der Revolution zu zerschlagen, die kommunistische Partei in die Illegalität zu zwingen, oder das Terrorregime zu steigern. Sie versucht, die Arbeit der SPD. in falsche Bahnen zu lenken, die Kräfte der proletarischen Avantgarde im entscheidenden Augenblick zu lähmen. (Fortsetzung folgt.)

Jugenddiskussion fällt heute aus

Die öffentliche Diskussions-Versammlung des Jugendverbandes mit dem EZB. am heutigen Tage findet nicht statt, da der EZB. seine erst zugelegte Beteiligung zurückgezogen hat. Wir kommen morgen darauf zurück.

Geschlossenes Auftreten verhindert Ermittlung

Notiz. Am Montag sollte hier ein Erwerbsloser auf die Straße gejagt werden. Aber nicht etwa, weil er keine Miete nicht bezahlt hat, sondern, weil dem Eigentümer des Grundstücks die politische Gefährdung des Arbeiters nicht gefiel. Der Gerichtsvollzieher, der mit einigen Arbeitern die Herausräumung der Möbel durchführen wollte, konnte jedoch zu seinem Ziel kommen, dieweil das geschlossene Auftreten der Arbeiterschaft ihm an seinem Vorhaben hinderte, jedoch die „Kammer“ unberührter Sache wieder abziehen mußten.

Briefkasten

Sacrau und Liegnitz. Zu anonymen Zuschriften nehmen wir grundsätzlich keine Stellung.

Sämtliche Verammlungsnotizen müssen spätestens bis 18 Uhr in der Redaktion abgegeben sein, wenn sie anderntags veröffentlicht werden sollen. In Zukunft werden später eingehende Notizen nicht mehr berücksichtigt. Die Redaktion.

Verantwortlich für die erste und zweite Hauptseite, Provinz und Volke: Rudolf Ortner, Breslau. — Für die dritten Seiten: A. Gerdtich, Berlin. — Für Inserate: Albert Callam, Breslau. — Verlag und Druck: Schellack-Verlagsdruckerei u. d. G., Breslau, Trebnitzer Straße 50.

Nicht vergessen

zu jeder Mahlzeit



Christ-Brot essen

Rund um den Erdball

Ein neuer Raubüberfall der Königsberger Hitlerjugend

Nazi-Strassenräuber mit Brandbomben

Brandbomben zum Austräumen proletarischer Versammlungen — Zusammenbruch der Brandstiftungshege gegen ostpreussische Kommunisten

Königsberg, 27. Januar. Wie wir bereits am Dienstag meldeten, hat die Kriminalpolizei in Königsberg eine Einbrecherbande festgenommen, deren Mitglieder ausnahmslos der dortigen Hitlerjugend angehören. Außer den ihnen bisher zur Verfügung gestellten Fällen mußten die Nazi-Verbrecher einen neuen Raubüberfall eingestehen. Am 24. Oktober 1931 überfielen sie ein Fräulein F. Eine Brandbombe wurde der Heberfallenen auf den Kopf geworfen, die in dem Brandstiftung auch noch Sachschaden enthielt. Die Wunde ist bis heute noch nicht verheilt. Die Hitlerjugendmitglieder behaupten, Bomben von einem „Besinnungsstrenge zum Austräumen von politischen Versammlungen erhalten“ zu haben.

Die vielen Brände von Bauernhöfen in Ostpreußen erhalten durch die aufgedeckten Brandbombenverbrechen der Königsberger Nazi-Verbrecher endlich ihre Aufklärung. Die verdächtige Eile, mit der die Nazi-Zeitung und das Jugendblatt „Ostpreussische Zeitung“ über „kommunistische Brandstifter“ schreiben, zeigt die Spur, wo die Brandstifter liegen. Ein Beweis für die Brandstiftertätigkeit der Nazis ist auch, daß sie im Kreise der Partei erklärt haben:

„Morgen oder übermorgen wollen die Kommunisten wieder Bauernhöfe in Brand stecken“ und prompt standen dann auch die Bauernhöfe in Flammen.

Die Nazi-Führer aber bezeichnen die klassenbewußten Arbeiter, die sich in der roten Einheitsfront zusammenschließen, als „Untermenschen“. Ja, das Zentralorgan Hitlers, der „Völkische Beobachter“, verleiht sich sogar in seiner Mittwochsausgabe zu der hysterischen Schlagzeilenparole, daß „das anständige Deutschland Schutz vor dem Blutvergießen des roten Untermenschen fordere.“

„Anständiges Deutschland.“ — Mit Brandbomben auf Straßenraub! Und dann mit jüdischer Frechheit christliche, aufrechte Arbeiter beschimpfen. Das ist in Wirklichkeit das Gesicht der NSDAP. Der Partei des sozialen und nationalen Verrats, der Partei der Jüdelier des Finanzkapitals, Abenteurer, Karrieristen und wie jetzt das Königsberger Beispiel zeigt, der Partei der kriminellen Verbrecher. Für die christlichen

nationalsozialistischen Arbeiter wird es die höchste Zeit, diese üble Gesellschaft fluchtartig zu verlassen und sich der roten Einheitsfront anzuschließen.

Neue Opfer imperialistischer Kriegssübung

Englisches U-Boot mit 56 Mann gesunken

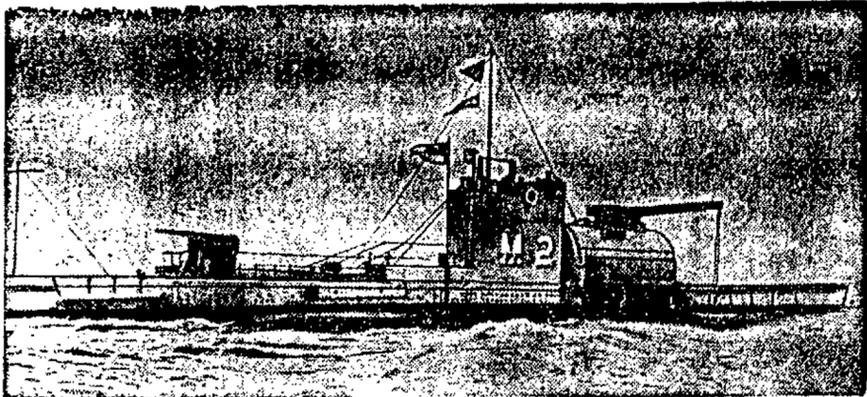
Fünf Meilen von Portland verunglückt — Suche bereits erfolgreich?

London, 27. Januar. Das englische Unterseeboot M 2 ist am Dienstag etwa fünf Meilen von Portland ab bei Tauchübungen gesunken. An Bord des verunglückten U-Bootes befanden sich 56 Mann. Die Besatzung des U-Bootes gilt als verloren.

Trotzdem sofort Torpedoboote und Unterseeboote in die Suchstelle eilten und den gesamten Seeraum, in dem das Unterseeboot liegen kann absuchten, konnte bisher von ihm keine Spur entdeckt werden.

Das Boot, das 1450 Tonnen wiegt, ist ein Schwimmschiff des U-Bootes, das im Jahre 1925 im Vermessungsjahr unterging, wobei, wie erinnertlich, 65 Mann den Tod fanden.

Nach einer Meldung, die kurz vor Redaktionsschluss eingelangt ist, erhält sich hartnäckig das Gerücht, daß das englische Unter-



Der U-Boot-Sarg ...

seeboot „M 2“ durch zwei mit Drohneten den Meeresgrund abtuchende Zerstörer entdeckt worden sei. Eine Bestätigung ist nicht zu erhalten.

Auf dem Unterseeboot befinden sich nach den letzten Feststellungen 50 Mann Besatzung und 6 Offiziere. Unter der Besatzung ist auch ein Matrose, der seinerzeit bei dem Unglück des Unterseebootes „Polkoidon“ in den chinesischen Gewässern im vorigen Sommer gerettet wurde.

Gasolintank in die Luft geflogen

30 Tote — Zahlreiche Verletzte

Nanking, 27. Januar. In der Nähe von Nanking ereignete sich eine Explosion eines Gasolintanks mit 15 000 Liter Inhalt. 30 Personen wurden dabei getötet und zahlreiche Personen mehr oder weniger schwer verletzt.

Fünf Jahre Gefängnis wegen Kindesmordes

Vor dem Schwurgericht in Köln hatten sich am Dienstag unter der Anklage des Kindesmordes der 31-jährige Heinrich Wester und die 30-jährige Anna Wester aus Wiesbaden zu verantworten. Beide Angeklagten erhielten die höchst zulässige Gefängnisstrafe von je fünf Jahren Gefängnis.



Prohibitionsheuhel im Bilde

Die amerikanische Polizei hat eine neuartige Methode zur eigensicheren Überführung von Betrunknen“ eingeführt: bei der Entloftung ins Untersuchungsgefängnis muß der „Verächtliche“ auf einem geraden weißen Strich entlanglaufen. Dieser „Spaziergang“ wird im Film festgehalten und dient dann später als Beweis bei der Gerichtsverhandlung. Die haben Sorgen ...

Dr. med. Wilhelm Swienty.

Verantwortlich: Alfred Henschel, Berlin.

Aus Naturwissenschaft und Heilkunde

Der Werdegang der Krankenkassen

Von den „Bergknappen-Bruderschaften“ bis zur modernen Krankenversicherung

Durch die letzte Rotverordnung und deren Ausführungsbestimmungen wird das Tätigkeitsgebiet der Krankenkassen immer weiter eingeschränkt und diese selbst zu einer Art Scheinwesen verurteilt. Allerdings geschieht dies, und das muß immer wieder betont werden, durchaus mit dem Einverständnis der sozialdemokratischen Kassenbürokratie, die von den Arbeitern unerbittlich hohe Beiträge nimmt, denen nur noch lächerlich geringfügige Leistungen gegenüberstehen. Daß das dem Zweck einer sozialen Krankenversicherung direkt widerspricht, ist verständlich und wird es noch mehr, wenn man die Entstehung der Krankenkassen in Deutschland verfolgt.

Dieses fällt mit dem ersten Auftreten der gewerblichen Betriebe zusammen. Ursprünglich war die Krankenversicherung — bis Jahrhunderte später von Seiten des Staates entsprechend Gesetz erlassen wurden — eine Art von Selbsthilfe bestimmter Berufsgruppen. Wohl die ersten Krankenkassen in Deutschland schlossen sich die Bergknappen im 13. Jahrhundert in ihren „Bruderschaften“. Die Arbeiter der großen Zinnbergwerke im Mansfelder Revier waren nämlich nicht, wie das bis dahin üblich war, am Reingewinn beteiligt, sondern arbeiteten gegen Lohn. Ihre Knappschaften, in die ein jeder, wie es in der vom Bischof genehmigten Satzung heißt, „einen Pfennig“ zu zahlen hatte, dienten der Unterstützung von Kranken und ihrer Familien.

Diesem Vorbilde folgten bald auch andere Gewerbearten, bis schließlich die Zünfte um die Mitte des 15. Jahrhunderts ihren Organisationen ganz allgemein nicht nur eine Krankenversicherung, sondern auch eine Waisen-, Herbergs- und Arbeitslosenunterstützung angedeihen ließen. Allerdings bekam der Geselle im Falle einer Erkrankung das Geld nur geborgt. Er mußte nach seiner Genesung den Betrag zurückzahlen. Dies geschah meist in der Form, daß er bei dem Zunft- oder Obermeister eine Zeitspanne, verschieden nach der Höhe der geliehenen Summe, unentgeltlich arbeitete.

Als die Zünfte schließlich bei der Abwehr von ausländischen Krankengeldern die Gesellen auch noch ins Gefängnis warfen, kam es überall zu Revolten der Gesellen. So z. B. in Offenbach, wo mehrere Zunftmeister bei den Unruhen getötet wurden. Gegen Ende des 15. Jahrhunderts wurden die Krankenkassen, die mehr und mehr zu einem Selbstzweck der reichen Meister geworden waren, der Wunsch der Gesellen wieder abgeschafft.

Bis ins 18. Jahrhundert ist von einer Krankenversicherung dann nicht mehr die Rede. Die katholischen Armenhäuser erließen gegen Ende des 18. Jahrhunderts, kurz vor Ausbruch der großen französischen Revolution, die ersten Bestimmungen über Gewährung von ärztlicher Hilfe bei Schwangeren und

bei unglücklichen. Nicht etwa Nächstenliebe veranlaßte die Herrscher dazu, sondern die revolutionäre Gärung unter den Landarbeitern und Bauern, die ja z. T. nach Leibzügen waren oder ihre Arbeitskraft durch unerbittliche Fronarbeit erkaufte hatten.

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts gab es schon eine ganze Reihe freiwilliger Krankenversicherungsanstalten für die einzelnen Berufe. Die Industrialisierung Deutschlands und die damit verbundene Erhöhung eines immer größer werdenden und immer mehr anwachsenden Industrieproletariats machte schließlich die gesetzliche Verankerung der Krankenversicherung notwendig. Die erste derartige Regelung traf das Großherzogtum Baden, dessen Ministerium 1838 eine Verfügung erließ, wonach die Städte oder Landgemeinden verpflichtet wurden, im Krankheitsfalle jeden Handwerker, Arbeiter und Dienstherrn 4 Wochen lang auf Gemeindefkosten zu versorgen und ärztlich zu versorgen zu lassen. Den Gemeinden wurde empfohlen, zur Durchführung dieser Forderung eine besondere Steuer, die „Sozialsteuer“, zu erheben.

Etwas um dieselbe Zeit, im Jahre 1846, war in Berlin der sogenannte „Gewerkskrankerverein“ mit über 10 000 Mitgliedern gegründet worden. Aus ihm entwickelte sich dann vor allem als später die Gewerkschaften an Bedeutung gewonnen, die verschiedenen Krankenkassen. Allerdings dauerte es noch über 30 Jahre, bis am 15. Juli 1883 der Reichstag das Gesetz über die Krankenversicherung der Arbeiter verabschiedete. Daß die erste einheitliche Regelung der Krankenversicherung für das Deutsche Reich bildete. Zwei Jahre darauf bestanden schon fast 10 000 verschiedene Krankenkassen mit 430 000 Mitgliedern.

Die Krankenversicherung, die bei dem raschen Anwachsen des Industrieproletariats eine immer größere Bedeutung gewann und schließlich auch auf die Landwirtschaft ausgedehnt wurde, kann ihre Aufgaben, die im Zeitalter der Nationalisierung erfüllt werden, auch nicht mehr zum kleinsten Teil erfüllen. Sie ist in allen kapitalistischen Staaten, wo, allem aber in der deutschen Republik, aus einer Versicherung im Interesse der Arbeiter zu einem neuen Finanzgeschäft des Staates, der aus den Einnahmen der Krankenkasse wirtschaftet, geworden. Seit der Neuorganisation der Rotverordnung werden den Betreffenden nur alle Vorteile hinsichtlich der pünktlichen Bezahlung des Krankengeldes gelassen. Das Recht auf anständige und gewissenhafte ärztliche Behandlung, auf Gewährung von Krankengeld, Krankenhauseinweisung und Medikamenten dagegen in den meisten Fällen verweigert. Die Geschäfte der sozialdemokratischen Kassenbureaus bleiben aber immer noch hoch genug.

D.M.V. Niesky erobert

Jäh. unermüdl. innergewerkschaftliche Arbeit sichert den Erfolg Oppositionsmehrheit in der Ortsverwaltung

Niesky. Am Mittwoch, dem 20. Januar, fand die Generalversammlung des D.M.V. Niesky statt. Die Versammlung war von 175 Kollegen besucht. Die Tagesordnung hatte folgende Punkte: Jahresbericht vom vierten Quartal 1931, Jahresbericht des Vorstandes, Neuwahl der Ortsverwaltung, Verbandsangelegenheiten, Nachberichtigung des Protokolls der letzten Mitgliederversammlung, aus welchem eine starke Meinungsverschiedenheit der Mitglieder gegenüber dem damals amtierenden Vertreter der Bezirksleitung über die Taktik des Verbandes hervorging, und der Bekanntgabe des Kassensberichtes, gab der bisherige Bevollmächtigte voll. Schubert den Jahresbericht. Er beschränkte sich in seinen Ausführungen hauptsächlich darauf, den im Laufe des Jahres ein- und ausgegangenen Arbeitsverträge des Unterstützungsamtes des Verbandes und die Mitgliederbewegung wiederzugeben. Demgegenüber wies der Kollege E. darauf hin, wie am Anfang des vergangenen Jahres die Kollegen unter dem Eindruck des damaligen ersten Lohnabbaues vom Dezember 1930 geglaubt hatten, das Verlorene werde bald zurückgeholt werden, wie die Hoffnungen auf die nächsten Tarifabschlüsse und auf ein späteres Zugreifen der Verbandsinstanzen gekehrt wurden. Das Jahr 1931 hat alle diese Voraussetzungen schmachlich hintenangestellt. Er führte aus, wie die Gewerkschaftsführung sich lediglich darauf einstellte, in ihren Gewerkschaftszeitungen Artikel über den bankrotten Zustand der kapitalistischen Wirtschaft und der Notwendigkeit des Aufbaues einer sozialistischen Planwirtschaft zu schreiben, im praktischen Verlauf der gewerkschaftlichen Maßnahmen jedoch das Gegenteil zum Ausdruck brachte.

Genosse E. ging kurz auf den A.G.B.-Kongress ein, die Vertrauensumgebung für den Minister Stögerwald, sowie auf eine weitere bankrotte Lösung dieses Kongresses, auf die Einführung der Biersteuern ohne Lohnausgleich ein. Er wies die Unmöglichkeit dieser Lösung nach, indem der Lohnraub inzwischen so ungeheuerlich eingetreten ist, daß der 48 Stunden schaffende Kollege die Lohnentziehung durch Arbeitszeitverkürzung nicht ertragen kann, andererseits auch durch die katastrophale Lage der verüßten arbeitenden Kollegen hinterwegs eine Senkung der Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Er wies zum Beispiel in Niesky heute das Mehrfache an Erwerbslosen vorhanden als wie bei Eintreten der Kurzarbeit im Betrieb von Chelchoph & Humal vor einviertel Jahren. Nach eingehender Beleuchtung der letzten Notverordnung und ihrer unerträglichen Auswirkungen

gen für die Arbeiterschaft behandelte der Kollege E. die gemeingefährliche Lage, welche sich die Gewerkschaftsführung unter der Formulierung des sogenannten „kleineren Übels“ den Kollegen gegenüber erlaubt. Der Weg, den die revolutionäre Gewerkschaftsopposition dem Proletariat vorzeichnet, ist allein der Ausweg aus diesem Dilemma. Die Gewerkschaftsführung will und wird nicht kämpfen, weder gegen den Faschismus eines „kleineren Übels“, noch gegen den Faschismus einer Hitlerdiktatur. Die Kollegen müssen zur Wahrung der Rechte ihrer Lebensbedingungen zu sofortigen Tageskämpfen übergehen. Die überall im ganzen Reich stattfindenden Teilstreiks sind das Zeichen des sich zur Wehr setzenden Proletariats. Diese Kämpfe müssen vermehrt und gesteigert werden zu einer Massenaktion, zu einer wirklichen Einheitsfront der ganzen Arbeiterklasse. Nur auf diesem Wege wird die Lösung der großen Aufgabe möglich, die die Geschichte in dieser Zeit des todkranken kapitalistischen Wirtschaftssystems an die klassenbewußte Arbeiterschaft stellt.

Im gleichen Sinne sprachen sich noch die Kollegen Geldner, Bornsial und Kollatschek aus. Einige sich sonst „auch“ sehr radikal gebärende Sozialdemokraten entpuppten sich in der Diskussion als die festesten Stützen der Verbandsbürokratie.

Die Neuwahl der Ortsverwaltung wurde per Stimmzettel in drei Wahlgängen vorgenommen. Die Opposition errang dabei die Mehrheit. Die neue aus sieben Mitgliedern bestehende Ortsverwaltung setzt sich nun aus vier SPD., einen „rechten“ und zwei „linken“ SPD.-Kollegen zusammen.

Im Punkt „Verbandsangelegenheiten“ wurde von der Opposition ein Antrag zur Weiterleitung an die Bezirksleitung eingereicht, der die Wiederaufnahme der wegen oppositioneller Delikte aus dem D.M.V. ausgeschlossenen Kollegen zu ihren alten Rechten fordert. Der Antrag wurde mit Mehrheit gegen eine Anzahl Stimmhaltungen angenommen. Entgegen der Meinung des Kollegen Schlichtedl vom Hauptverband, der in der Viegninger Bezirkskonferenz einen moralischen Erfolg in der Annäherung oder gar der organisatorischen Verschmelzung des D.M.V. mit den Hirsch-Dunderschen und christlichen Verbänden sieht, sind die Nieskyer Metallarbeiter der Ansicht, daß nur die Zurücknahme dieser oppositionellen Ausschüsse einen wirklichen Erfolg für die klassenbewußte Arbeiterschaft darstellt. Nach Erleuchtung einzelner Verbandsfragen wurde die Versammlung geschlossen.

Für den Kandidaten der Arbeiterklasse:

Reichsbanner, SWP.-Funktionäre in roter Einheitsfront

Ein örtliches Kampfprogramm — Hand in Hand mit den Betriebsarbeitern zum gemeinsamen Kampf um Arbeit und Brot

Grünberg. Auf der Grundlage des örtlichen Kampfprogramms wurde hier ein örtlicher Erwerbslosenausschuß gebildet. Dieser setzt sich zusammen aus fünf Kommunisten, vier SWP.-Mitgliedern, zwei Reichsbannerleuten, zwei Jugendlichen, vier Frauen und drei Parteilosern. Es wurde beschlossen, mit den Betriebsarbeitern in Verbindung zu treten, um im gemeinsamen Kampfe um Lohn und Brot und höhere Unterhaltung erfolgreich zu kämpfen. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 22. Januar in Grünberg versammelten Erwerbslosen stellen sich geschlossen hinter das vom Einheitskomitee unter Führung der SPD. aufgestellte Kampfprogramm. Wir geloben, uns mit allen Mitteln gegen weiteren Lohnabbau, Unterstützungsabbau, für Gewährung von Wirtschaftsbeiträgen für alle Erwerbslosen, für kostenlose und sachgemäße Behandlung der Fürsorgekranken, für unentgeltliche Schulspesen unserer Kinder, für Gewährung von Mietsbeihilfen, verbilligten Licht- und Wasserbezug, Niederschlagung der rückständigen Miete, sowie der rückständigen Licht- und Wasserrechnungen, gegen die Zwangshypotheken, für die Unterstützung der Jugendlichen, für die sofortige Einberufung einer Stadtverordnetenversammlung einzusetzen. Die Versammelten sehen in der SPD. und NSD. die einzige revolutionäre Kraft, die im Kampfe um die Tagesforderungen die Arbeiter in roter Einheitsfront zusammenschließt. Die Versammlung begrüßt die Auffstellung des Genossen Thälmann als Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl.“

Die Grünberger Arbeiterschaft hat erkannt, daß die proletarische Einheitsfront nicht auf der Linie der Kompromisse der Verhandlungen, der Deklarationen und Vereinbarungen mit SPD.-Führern — ganz gleich, ob sie Wob- oder Zeno-witz heißen — zustandekommt, sondern nur auf der Grundlage des nächsten Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie für den Streik gegen jeden Wob- und Zeno-witz, Gehalts- und Unterstützungsabbau, für Massenaktionen, um Arbeit und Brot, für Winterhilfen zugunsten der Erwerbslosen und aller Notleidenden und gemeinsame Schutzstreifen aus Arbeitern aller Richtungen gegen den faschistischen Terror, für uneingeschränkte proletarische Demonstrationen, Koalitions- und Pressefreiheit, für die Aufhebung des Verbotes des Roten Frontkämpferbundes, für die Aufhebung aller Notverordnungen.

In diesem Kampfe werden die Reichsbanner-Arbeiter und auch die SWP.-Mitglieder die Rolle der SPD. und SWP. erkennen lernen,

Kein Ort, kein Betrieb ohne die „Arbeiter-Zeitung“

Konferenz der politischen Pressebeute

In Wlogau am Sonnabend, dem 30. Januar, 18 Uhr im Parteibüro.

Es nahmen folgende Orte teil: Glogau, Lissen, Oberleschen, Kontinental, Kraschen, Tschienau, Polnowitz, Schlichtingshain, Krantitz, Gutzrau Jerban, Herrndorf, Rohwitz, Primkenau, Zornau, Schlabitz, Weichsan, Rauschwitz, Friedewitz.

In Neusalz am Sonntag, dem 31. Januar, 9.30 Uhr vormittags, Gasthaus zur „Erholung“, Frenschäcker Straße (Schweifat).

Es nahmen folgende Orte teil: Walsitz, Reichen a. d. S., Nowadel, Kraschitz, Walsitz, Wagnersbrunn, Neuhädel, Sagan, Wündera, Wündera, Schatz, Wündera, Schwennitz, Schwenna, Wündera, Wündera.

Der Tagesprogramm sind außerdem folgende Orte eingeladen: Kaspitz, Wündera, Wündera, Wündera.

Verlag der „Arbeiter-Zeitung“.

sie werden begreifen, daß nur die kommunistische Partei die revolutionäre Partei des Proletariats ist, und daß die Arbeiterklasse nur unter der Führung der SPD. gegen den Hauptfeind der Arbeiterklasse, gegen den Kapitalismus, siegen kann.

Keine Senkung der Mieten

Liebstädte. Am Freitag, dem 22. Januar, tagten nach langer Pause die Gemeindevorsteher und besaßen sich mit der Senkung der Mieten in den städtischen Wohnungen. Der Lehrer Lange nahm das Wort und berichte, daß eine Herabsetzung der Mieten nicht in Frage käme, sondern eher eine Erhöhung stattfinden müßte. Es wurde hin und her diskutiert und zum Schluß blieb es bei den bestehenden Sätzen. Die SPD. schweigend aus. Unter Punkt zwei wurde beschlossen, die Altersgrenze der Wählerschutzmannschaft auf 30 Jahre herabzusetzen. Als drittes behandelte man die Befehlsgabe der Richtlinien für die Wählerarbeit. Dieses löste eine größere Debatte aus. Man wurde sich einig, daß es der Gemeinde überlassen bleibe, wie viele Bestimmungen in die Tat umgesetzt werden. Bei diesem Punkte machte sich eine Unruhe unter den Zuhörern bemerkbar. Dadurch geriet der städtische Sekretär in die Aufregung, und informierte den Gemeindevorsteher. Nach einigen unruhigen Minuten trat man in die geheime Sitzung ein.

Ihr könnt uns nicht hindern!

Weltersdorf. Vorige Woche fand hier eine Erwerbslosensammlung statt, in der die SPD.-Wenigen vertrieben, diese Versammlung aufzulösen. Genosse Hübel, der das Material hielt, beharrte die immer mehr zunehmende Verelendung der Erwerbslosen und die Aufgaben des Proletariats. Am Schluß seiner Ausführungen forderte er die anwesenden Erwerbslosen auf, einen Erwerbslosenausschuß zu bilden. Als Diskussionsredner sprach der SPD.-Kassmann aus Görlitz. Er mißte die Ausführungen des Genossen Hübel unterstreichen, entfaltete aber am Schluß eine wilde kommunistische Bergebeis verdammte die SPD.-Führer die Bildung der kämpfenden roten Einheitsfront zu verhindern. Der Wille der Wündera-Unterstützten und Vertriebenen wird dieselbe bleiben.

Frauenkursus

Der Frauenkursus des NS. Görlitz beginnt am Sonntag, dem 30. Januar, 16.30 Uhr. Bis zu dieser Zeit müssen die Genossinnen, die daran teilnehmen wollen, sich in der Geschäftsstelle, Görlitz, Langenstraße 31, melden. Außerdem müssen alle Ortsgruppen sofort die Teilnehmerinnenzahl nach dem Sekretariat des NS. melden.

Nazi-besitzer

kürzt Landarbeiterlöhne und zieht die Beiträge für die NSDAP. ab

Liegnitz. Wie es im Dritten Reich aussieht wird, das gibt der Nazi-besitzer und Gutsherr Herrig in Walsitz ein anschauliches Bild. Die bei ihm beschäftigten Proleten müssen Mitglieder der NSDAP sein, wer diesen Schwundel nicht mitmacht, wird um seinen Lohn betrogen. Einmal Mark und das, der bei dem Nazi-besitzer im 25. März zu zahlen und das bloßen Freisen schneidet, zieht der Nazi-besitzer unmittelbar 3 Mark vom Lohn ab. Arbeiter, die die Nazi-besitzer nicht haben, erhalten dieselben vom Lohn abgezogen. Die Nazi-besitzer, mit dem er die Beiträge für Adolf Hitler zahlt, hebt ein Gegenstück zur Abführung des Geldes an die Sozialdemokraten. Aber dazu scheint es nicht zu kommen. Vielleicht bestreitet er aus diesem Fonds die Kosten für das Archiv, welches er den Nazi-

anfängern beim Versuch von Nachforschungen (Sonderl. für ihn ist es selbstverständlich, daß an die Erwerbslosensicherung keine Beiträge abgeführt werden. Bei der letzten Lohnkürzung war dieser laubere Nazi-besitzer einer von denjenigen, die die umliegenden Landwirte und Gutsherrn aufhetzte, den Lohn für die Landarbeiter zu kürzen. Den Lohn, den der Besitzer den Landarbeitern (nicht, braucht er mit zur Finanzierung der Hitlerbanden. Das Treiben dieses Nazi-besitzers wird dann beendet sein, wenn sich die Landarbeiter des dortigen Gutes berechnen, unter Führung des roten Landarbeiterverbandes den Kampf gegen alle Verschlechterungen zu organisieren.

An alle Sportler aller Sparten des Riesengebirges!

Sportgenossen aller Sparten! Durch die verräterische Politik der Sportbürokratischen Führerelique mit ihrer neuesten Heldentat, durch die Einreihung in die „Eiserne Front“, macht sich in der breiten Mitgliedschaft der Sportverbände eine Unzufriedenheit immer mehr bemerkbar. Auch im Riesengebirge tritt dies mehr denn je in den Vordergrund. Man versuchte von oben herab „die Rechte der Mitgliedschaft“ durch neue Statuten, ohne Einwilligung der Massen, immer mehr zu beschneiden. Wir werden uns dagegen wehren, und sollte man die Drohung, welche die Gellert- und Bildung-treuen Anhänger äußern, uns oppositionelle Sportler auszuschließen, wahr machen. Darum, Sportler aller Sparten des Riesengebirges, erhebt alle, welche mit der „Eisernen Front“ der Gellert und Bildung nicht einverstanden sind, am Sonntag, dem 31. Januar, zu der ersten Oppositionellen Sportlerkonferenz im Gasthof zur Eisenbahn, Hirschberg-West. Anfang vormittags 9 Uhr. Ein Vertreter der Landesleitung Schließen für rote Sportlichkeit erscheint.

Not Sport!

Agitationsleitung Riesengebirge.

Im Zeichen des Aufgebots der 100 000

Unaufhaltsam wächst die kämpfende Front des siegreichen Kommunismus. Von Woche zu Woche treten hunderte neuer Kämpfer in die Reihen der SPD. ein. Wir veröffentlichen heute einige Ortsgruppen, die in der letzten Woche folgende Mitglieder der Partei gewonnen haben:

Kauffung 9, Hirschberg 6, Goldberg 4, Neumarkt 3, Reichenbach (Eule) 6, Chlau 30 und 2 Dorfgellen geschaffen, Freytag 8, Schweidnitz 7, Glogau 6, Penzig 27, Namslau 17, Bries 14, Gr.-Töbern 6, NS. Görlitz 60; 30 aus verschiedenen Orten, zu je 1 oder 2 Mitgliedern, insgesamt 243.

Wo bleiben die anderen Ortsgruppen, wo die Möglichkeit der Werbung genau so günstig ist? Kein Tag ohne Werbung neuer Kämpfer! Genossen, verstärkt eure Aktivität!

Sämtliches altes Marken- und Sammelmateriale muß im Januar zurückgeschickt werden. Rasse, B.L. Schützen.

Schauspielhaus

Fernruf 36300
Sonntag, 8, Uhr:

Premiere

Montag u. tägl. 8, Uhr

Casanova

Große Ausstattungs-Operetten-Revue
Musik von Johann Strauß
Vorverkauf an der Theaterkasse sowie bei Barusch und Wertheim

Wir liefern

- Plakate
- Briefbogen
- Rechnungen
- Programme
- Einladungskarten
- Flugblätter
- Werke
- Zeitung
- Zeitschriften
- Massenaufgaben in Flach- und Rotationsdruck preiswert

FORTSCHRITT

AG. FILIALE BRESLAU

Trabnitzer Str. 50

Telephon 46465

7 Sonder-Verkaufstage 7
vom 28. Januar bis 4. Februar
auf alle erprobten Qualitäten trotz herabgesetzter Preise
10%
Fabrikreste, Wäsche aller Art, enorm billig
Leinenhaus
Gotthard Völkel
Friedr.-Wilh.-Str. 51 u. Albrechtstraße 56, 2. Haus v. Ring

Tassilo Krienke
Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Bettfedern
Daunen @ Intells
in reicher Auswahl zu niedrigsten Preisen
Bettfedern-Reinigung
in modernster Anlage. Pfund 30 Bfg.
Vorankmeldung
Größere Mengen werden abgeholt
Bettenspezialgeschäft
Beria Herzig
Breslau, Matthiasstraße 100
(am Waterlooplatz)

Einige Sonder-Angebote aus unserem Inventur-Ausverkauf!

Damen-Mäntel	47, 30, 32, 28, 50, 22, 50, 16, 50, 9, 75,	6 ⁷⁵
Plüschmäntel und Jaden	48, 35,	25 ^{.-}
Damen-Kleider	9, 75, 7, 50, 6, 75,	3 ⁷⁵
Herrn-Anzüge und Mäntel	34, 45, 36, 29, 50, 24, 50,	1 ⁷⁵
Herrn- Burschen-Joppen und Windjacken	24, 19, 50, 12, 75,	9 ⁷⁵
Herrn-Hosen	6, 75, 4, 75, 3, 75,	1 ⁹⁵
Klappwagen mit Verd. und 6 Riemenfederung	28, 40, 45, 38, 0, 36, 50, 32, 50,	28 ⁵⁰
Metallbetten mit Auflegematten	32, 28, 25,	18 ⁵⁰
Bettfedern für Ausstattungen bei Abgabe von 10 Bfg.	49, 38, 29,	24 ^{.-}

Kaufhaus Marg Holzer, Waldenburg



Lenin mahnt: Gewinnt die christlichen Proletarier!

(Aus dem neuen Artikel des Genossen Ernst Thälmann in der „Internationale“)

„Im Sinne Lenins...“

In der Januar-Nr. der theoretischen Zeitschrift der KPD, der „Internationale“, behandelt unser deutscher Parteiführer, Genosse Thälmann, die Rolle des faschistischen Zentrums. Ein besonders wichtiger Abschnitt dieses Artikels ist der Methode der Gewinnung der christlichen Proletarier für den Klassenkampf gewidmet. Dieser Teil der Thälmannschen Arbeit, der unter Heranziehung der klassischen Ausführungen Lenins geschrieben ist, ist in Anbetracht des noch starken Einflusses des Zentrums in unserem Bezirk von besonderer Bedeutung. Er ist nachstehend abgedruckt. Jeder Parteigenosse, jede Parteizelle muß den Thälmann-Artikel in der „Internationale“ gründlich durcharbeiten.

Die Redaktion.

Eine wichtige praktische Frage für die Durchführung unseres Kampfes gegen das Zentrum und gegen die christliche Gewerkschaftsbürokratie besteht darin, daß wir diesen Kampf nicht unter besonderer Hervorhebung der religiösen Frage, die die christlichen Arbeiter von uns trennt, sondern auf der Linie der Anknüpfung an die Klassenfrage zur Gewinnung der christlichen Arbeiter für den gemeinsamen Klassenkampf gegen den Kapitalismus führen müssen. Das gilt auch für die übrigen katholischen Werktätigen in Stadt und Land, unter denen wir unsere Arbeit für den Kampf unter proletarischer Hegemonie entfalten müssen, um sie, je nach den gegebenen Möglichkeiten, entweder als Verbündete zum Proletariat herüberzuziehen oder doch wenigstens zu neutralisieren.

Selbstverständlich bedeutet diese Stellungnahme nicht die kleinste Konzession an die Theorien des „religiösen Sozialismus“, nicht die kleinste Preisgabe unserer Aufstellung des dialektischen Materialismus, aber wir sind im Sinne Lenins verpflichtet, die noch vorhandenen religiösen Bindungen christlicher Arbeitermassen unter keinen Umständen als trennende Mauer zu betrachten, die uns hindern könnte, mit diesen Klassenossen gemeinsam, Schulter an Schulter, für die proletarischen Klasseninteressen und Klassenforderungen zu kämpfen. Diese Linie muß auch in der

Arbeit der revolutionären Freidenker

angehalten werden, die sich in der Vergangenheit oft — wenn auch nur an einzelnen Stellen — plumper Methoden bedienen, und das religiöse Gefühl von christlichen Arbeitern, Arbeiterinnen u. anderen Werktätigen verletzen, wodurch vom Standpunkt des revolutionären Klassenkampfes eine schädliche Wirkung eintritt. Die Freidenkerbewegung, die in der Ideologischen Erziehung des Proletariats eine bedeutsame Stellung einnimmt, steht vor der Aufgabe, solche Fehler zu überwinden, ihre Arbeit nach den konkreten Verhältnissen der verschiedenen Bezirke und Arbeiterkategorien zu gestalten und neue Methoden herauszuarbeiten. Es ist klar, daß die Methoden der revolutionären Freidenkerarbeit (sogar unter sozialdemokratischen oder schon mit der KPD sympathisierenden Arbeitern in Berlin oder Hamburg einen anderen Charakter tragen müssen, als unter christlichen

Zentrumsarbeitern in Rheinland-Westfalen

oder katholischen Landarbeitern in Schlesien.

Sollen die revolutionären Freidenker nun etwa nur unter dem Bann der Kirche schon losgelassenen Arbeitern wirken und auf die Arbeit unter den christlichen Proletariern verzichten, um diese „nicht vor den Kopf zu stoßen“? Das wäre eine völlig falsche und unzulässige Auffassung. Es handelt sich vielmehr darum, daß auch die Freidenkerorganisationen bei ihrer Arbeit unter den christlichen Arbeitern die Rücksicht auf deren geistliche noch vorhandene religiöse Gebundenheit mit einer richtigen

Anknüpfung an die Klassenfragen

verbunden müssen. Dann wird es ihnen leichter gelingen, auch diesen Arbeitern das Verständnis für die Rolle der Kirche — sei es in der katholischen oder evangelischen — und auch für die geschichtlich bedingte Rolle der Religion zu verschaffen.

Unsere Richtschnur bei dieser Frage muß die Stellung sein, wie sie mit absoluter Klarheit von Friedrich Engels und von Lenin dargelegt wurde. Engels setzt sich im „Anti-Dühring“ mit dem „scheinrevolutionären Vorschlag“ Dührings auseinander, die Religion in der sozialistischen Gesellschaft zu verbieten. Demgegenüber fordert Engels von der proletarischen Partei: „die Fähigkeit, geduldig an der Organisation und Aufklärung des Proletariats zu arbeiten, eine Sache, die zum Absterben der Religion führt und sich nicht in das Abenteuer eines politischen Krieges gegen die Religion zu äußern.“

„Gegen geringste Verletzung religiöser Ueberzeugung“

Den gleichen Standpunkt vertritt Lenin. In einem Artikel, der im Jahre 1909 anlässlich einer Rede des sozialistischen Abgeordneten Surkow in der Duma geschrieben wurde, führte Lenin u. a. aus:

„Daraus folgt, daß die atheistische Propaganda der Sozialdemokratie (Bolschewiki, E. Th.) ihrer Grundaufgabe untergeordnet sein muß, nämlich der Entzweiung des Klassenkampfes der ausgebeuteten Massen gegen die Ausbeuter.“

Lenin wählt jedoch das Beispiel eines Streiks in einem beliebigen Gebiet oder Industriezweig, in dem neben einer fortgeschrittenen Schicht klassenbewußter sozialistischer Arbeiter ziemlich rückständige, religiöse und kirchlich gebundene Arbeiter vorhanden sind und schreibt dazu:

„Der Marxist muß unbedingt den Erfolg der Streikbewegung in dem Vordergrund rücken, muß entschlossen in diesem Kampfe einer

arbeiten, muß energisch eine solche Trennung bekämpfen. Atheistische Propaganda kann unter solchen Umständen nicht nur überflüssig, sondern schädlich sein. Der Prediger des Atheismus würde in einem solchen Moment und unter solchen Umständen nur dem Pfaffen Versuch leisten, die nichts schuldlicher herbeizuwünschen, als die Einstellung der Arbeiter nach ihrer Beteiligung am Streik durch eine solche nach ihrem Glauben an Gott zu ersetzen...“

Wir müssen alle Arbeiter, die den Glauben an Gott noch bewahrt haben, zu der Sozialdemokratischen Partei (Bolschewistische Partei, E. Th.) nicht nur zulassen, sondern sie mit verdoppelter Energie heranziehen; wir sind unbedingt gegen die geringste Verletzung ihrer religiösen Ueberzeugung, aber wir wollen sie heranziehen, um sie in unserm Programm zu vereinen, nicht aber, damit sie aktiv gegen uns kämpfen.“

Lenin untersucht und beantwortet auch die Frage, wie diese Erziehung „im Geiste unseres Programms“ durchgeführt werden muß:

„Der Marxist muß Materialist sein, das heißt, ein Feind der Religion, aber ein dialektischer Materialist, das heißt ein solcher, der den Kampf gegen die Religion nicht abstrakt, nicht auf dem Boden einer abstrakten, rein theoretischen, sich stets gleichbleibenden Propaganda stellt, sondern konkret, auf dem Boden

eigenen Kampf gegen die finsternen Gewalten

des Kapitalismus aufgeföhrt wird.

Die Einheitlichkeit dieses wirklichen revolutionären Kampfes der unterdrückten Klasse für die Schaffung eines Paradieses auf Erden ist uns wichtiger, als die Einheitlichkeit der Meinungen der Proletarier über das Paradies im Himmel... Das ist der Grund, warum wir den Proletariern, die noch diese oder jene Ueberbleibsel der alten Vorurteile bewahrt haben, die Annäherung an unsere Partei nicht verbieten und nicht verbieten dürfen. Die wissenschaftliche Weltanschauung werden wir immer propagieren, die Inkonsistenz legendärer Christen zu bekämpfen ist für uns unerlässlich; aber das bedeutet keineswegs, daß man die religiöse Frage an die erste Stelle, die ihr durchaus nicht zukommt, rücken muß...“

Befiehlt etwa ein Widerspruch zwischen diesen Auffassungen Lenins und der anderen Forderung, wie sie Lenin nach der Machtergreifung beispielsweise im Jahre 1922 in einer Einführung des wissenschaftlichen Organs „Unter dem Banner des Marxismus“ aufstellte? Dort schrieb er:

„Die atheistische Propaganda muß in der mannigfaltigsten Form in die Massen getragen werden. Sie müssen mit Tatsachen aus den verschiedensten Lebensgebieten bekannt gemacht werden, man muß sie bald auf die eine, bald auf die andere Art herantreten, um ihr Interesse wach zu rufen, sie aus dem religiösen Schlaf zu erwecken, sie von den verächtlichsten Stellen her und mit den verschiedensten Methoden anzusprechen und dergleichen mehr.“

Diese Forderung nach atheistischer Massenpropaganda stellt nicht nur keineswegs einen Widerspruch zu der vorher angeführten Stellung Lenins dar, sondern im Gegenteil: beide Aufgabenstellungen sind untrennlich miteinander verbunden. Sie ent-

des Klassenkampfes, der tatsächlich vor sich geht und der die Massen am meisten und am besten erzieht.“

„Sozialismus und Religion“

heißt es gleichfalls: „Es wäre unsinnig, zu glauben, daß man in einer Gesellschaft, die auf schrankenlose Unterdrückung und Verrohung der Arbeitermassen aufgebaut ist, rein propagandistisch die religiösen Vorurteile zerstreuen könne. Es wäre bürgerliche Beschränktheit, zu verweisen, daß der auf der Menschheit lastende Druck der Religion nur das Produkt und die Widerspiegelung des ökonomischen Drucks innerhalb der Gesellschaft ist. Durch keine Broschüren, durch keine Propaganda, kann man das Proletariat aufklären, wenn es nicht durch seinen

sprechen unter verschiedenartigen konkreten Bedingungen und auf verschiedenen Stufen der geschichtlichen Entwicklung den

Anforderungen des revolutionären Klassenkampfes

Das ist hierbei genau ebenso der Fall, wie etwa beim Kampf Lenins gegen das „Gottsuchertum“, gegen die Gruppe Bogdanow im Jahre 1913 (siehe Lenin „Materialismus und Empirio-kritizismus“, sämtliche Werke Band 13). Auch für uns ist die atheistische Massenpropaganda in Verbindung mit dem Kampf gegen die Kulturreaktion ein wichtiger Faktor des Klassenkampfes. Der Beschluß der ZPK über die Schaffung eines theoretischen Organs für diese Arbeit ist deshalb sehr zu begrüßen.

Eine solche dialektische Fragestellung bei der Behandlung des Religionsproblems, wie wir sie mit den vorstehenden Zitaten von Engels und Lenin unterstreichen, ist für unseren Kampf gegen den Masseneinfluß des Zentrums und für die Gewinnung der christlichen Arbeiter eine unbedingte Voraussetzung. Würden wir diese Grundzüge des Marxismus-Leninismus verletzen, so würden wir uns selbst unseren Kampf erschweren, wenn nicht gar zum Mißerfolg verurteilen.

Daß dieser Kampf große Möglichkeiten für uns bietet, daß sich auch im Lager der christlichen Arbeiterkchaft eine wachsende Radikalisierung bemerkbar macht, daran kann kein Zweifel sein.“

Arbeiterpartei und Religion

Von Wladimir Iljitsch Lenin

In seinem Aufsatz: „Ueber das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion“ schrieb Lenin im „Proletarij“, Nr. 46, im Mai 1909 wörtlich:

... Die Sozialdemokratie (Bolschewiken, Red.) muß unbedingt ihre Stellungnahme zur Religion dazusetzen.

Die Sozialdemokratie (Bolschewiken) hat ihre ganze Weltanschauung auf dem wissenschaftlichen Sozialismus, das heißt, dem Marxismus, auf die philosophische Grundlage des Marxismus bildet, wie Marx und Engels wiederholt betont haben, der dialektische Materialismus...“

Zu gleicher Zeit wandte sich jedoch Engels wiederholt gegen diejenigen, die „linker“ oder „revolutionärer“ als die Sozialdemokratie (Bolschewiken) seien und in dem Programm der Arbeiterpartei ein direktes Bekenntnis zum Atheismus im Sinne einer Kriegserklärung an die Religion aufnehmen wollten. 1874, bei der Besprechung des berühmten Manifestes der Flüchtlinge der Kommune, der Blanquisten, die als Emigranten in London lehrten, stellt Engels ihre

lärmende Kriegserklärung an die Religion als Dummheit

hin und meint, eine solche Kriegsanzeige sei das beste Mittel, um das Interesse für die Religion neu zu beleben und das tatsächliche Absterben der Religion zu erschweren. Engels beschuldigt die Blanquisten der Unfähigkeit, einzusehen, daß nur der Klassenkampf der Arbeitermassen, der die breiten Schichten des Proletariats in eine bewußte und revolutionäre, öffentliche politische Front hineinzieht, imstande ist, in der Tat die unterdrückten Massen vom Joch der Religion zu befreien, während die Kriegserklärung an die Religion als politische Aufgabe der Arbeiterpartei eine anarchistische Phrase ist.

Auch 1877, im „Anti-Dühring“, wo Engels erbarmungslos die geringsten Zustände des Philosophen Dühring an den Idealismus und die Religion geißelt, verurteilt er nichtbedeutender den angeblich revolutionären Gedanken Dührings, der die Religion in der sozialistischen Gesellschaft verboten sehen will. Der Religion einen solchen Krieg anzulegen, meint Engels, heißt, „Bismarck selbst überbismarcken“, das heißt die Dummheit des Bismarckschen „Kulturkampfes“ gegen die Akerkolen wiederholen, des Kampfes, den Bismarck in den 70er Jahren gegen die deutsche Katholikenpartei, das „Zentrum“, durch Polizeiverfolgungen der Katholiken

mus geführt hat. Durch diesen Kampf hat Bismarck bloß den kriegerischen Klerikalismus der Katholiken gestiftet, hat bloß die Sache der wirklichen Kultur geschädigt, denn er hat in den Vordergrund gerückt, die religiösen Einteilungen statt der politischen Einteilung, hat gewisse Schichten der Arbeiterklasse und der Demokratie von den dringenden Aufgaben des Klassen- und revolutionären Kampfes abgelenkt in die Richtung eines ganz oberflächlichen und bürgerlich verlogenen Anti-Klerikalismus.

Engels warf dem Ultrarevolutionär sein molendendes Dühring vor, in anderer Form dieselbe Dummheit Bismarcks wiederholen zu wollen und verlangte von der Arbeiterpartei die Fähigkeit, geduldig an der Organisation und Aufklärung des Proletariats zu arbeiten, einer Sache, die zum Absterben der Religion führt, ohne sich in die Abenteuer des politischen Kampfes gegen die Religion zu äußern.

Dieser Standpunkt ist der deutlichen Sozialdemokratie in Fleisch und Blut übergegangen, und so sprach sie sich z. B. für die Jesuitenfreiheit, für deren Zulassung in Deutschland für die Aufhebung aller Polizeimaßnahmen gegen dieselbe oder jene Religion aus. „Erklärung der Religion zur Privatangelegenheit“: dieser berühmte Punkt des Ersten Programms (1891) hat die genannte politische Taktik der Sozialdemokratie festgelegt.

Diese Taktik ist inzwischen zur Routine geworden und hat

eine neue Verballhornung des Marxismus

in entgegengesetzter Richtung, im Sinne des Opportunismus, erzeugt. Man begann den Satz des Ersten Programms in dem Sinne auszulegen, daß wir Sozialdemokraten (Bolschewiken) und unsere Partei die Religion für eine Privatsache halten, daß für uns als Sozialdemokraten (Bolschewiken), für uns als Partei, die Religion Privatangelegenheit sei. Ohne sich in eine direkte Polemik gegen diese opportunistische Auffassung einzulassen, hat Engels in den 90er Jahren es für notwendig gehalten, sich ausdrücklich gegen sie zu wenden, nicht in polemischer, sondern in politischer Form. Engels tat es nämlich in Form der Erklärung, die er absichtlich hervorgehoben hat, daß die Sozialdemokratie die Religion als Privatangelegenheit betrachte in Bezug auf den Staat, aber keineswegs in Bezug auf die eigene Person, nicht gegenüber dem Marxismus, nicht gegenüber der Arbeiterpartei.“

Die II. Internationale im Dienste des französischen Imperialismus

Unbedingt für deutsche Tribute — Der Kommunismus die einzige Kraft gegen Tributsklaverei

Vor kurzem hat Crispian im „Vorwärts“ einen Artikel veröffentlicht, in dem er des langen und breiten auseinanderzusehen versuchte, daß die Sozialdemokratie stets gegen die Tribute gewesen wäre. Noch hatte man keine Zeit, diese allen Tatsachen sprechenden Behauptungen zu verdauen, als der Genosse Crispian, Leon Blum, in der französischen Kammer auftrat und sich eindeutig für die Tribute aussprach.

Am 24. und 25. d. M. tagte in Köln das Büro der 2. Internationale. Neben Leon Blum namen an dieser Sitzung auch Vertreter der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie teil. Und diese Sitzung faßte den Beschluß — wie wir schon vor melden —, daß Frankreich auf die Tribute nicht verzichten könne, da es an Amerika verschuldet sei. Ferner heißt es in dem Beschluß, daß man einseitige Verträge nicht zerreißen könne, das heißt, Deutschland dürfe ohne Zustimmung Kavalis die Ketten des Youngplans nicht abwerfen.

Dieser Beschluß der Exekutive der 2. Internationale ist ein Glied in einer Kette. Vom 30. März bis 1. April 1921 tagte in Amsterdam das Exekutivkomitee der 2. Internationale und faßte Beschlüsse, in denen es wörtlich heißt:

„Die Exekutive der 2. Internationale nimmt Kenntnis von der Erklärung der deutschen Vertreter, daß sie in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen des Internationalen Kongresses von Genf bereit sind, die Verantwortung für alle berechtigten (!) Wiedergutmachungsforderungen zu übernehmen.“

Also die deutsche Sozialdemokratie erklärt sich bereit, die Verantwortung dafür zu übernehmen, daß Deutschland dem französischen Imperialismus die Tribute regelmäßig abführen wird. Ja, noch mehr: an einer anderen Stelle der Beschlüsse dieser Exekutivtagung heißt es wörtlich:

„Die Konferenz nimmt davon Kenntnis, daß die deutsche Sozialdemokratie prinzipiell bereit ist, die deutschen Leisten zur Wiedergutmachung nach Maßgabe der steigenden wirtschaftlichen Prosperität Deutschlands zu erhöhen.“ (!)

Das heißt in anderen Worten: es soll dem deutschen Arbeiter

in noch härterem Maße für Tribute das Mark aus den Knochen herausgepreßt werden.

Auf dem Kongreß der 2. Internationale in Hamburg im Jahre 1923 wurde folgende Resolution gefaßt: „Es ist unbestritten, daß die Lasten des Wiederaufbaus von Deutschland getragen werden müssen, da der Wiederaufbau für Deutschland eine moralische Pflicht darstellt, die im übrigen von den Gewerkschafts- und sozialistischen Organisationen freiwillig verkündet worden ist.“

So steht es in Wirklichkeit um den Kampf der deutschen Sozialdemokratie „gegen“ die Tribute aus! Aber wie sollte es auch anders sein. Waren es doch Führer der 2. Internationale, die den Vertrag von Versailles unterzeichnet haben. Auf demselben Hamburger Kongreß erklärte Vandervelde wörtlich: „Ich habe in Uebereinstimmung mit der gesamten belgischen Arbeiterklasse und Arbeiterpartei damals meine Unterschrift unter diesen Vertrag gesetzt und wenn mich etwas tröstet, dann ist es, daß mein Name nicht die einzige sozialistische Unterschrift unter diesem Vertrag ist. Denn auf der anderen Seite stehen die Namen Hermann Müllers und Karl Kenners. Auch für uns war diese Unterschrift damals eine schwere Gewissensfrage, aber wenn ich sie heute wiederholen müßte, würde ich sie wiederholen.“

Eine klare und eindeutige Sprache! Von den Tagen des Versailler Vertrages bis heute steht die gesamte 2. Internationale hinter dem französischen Imperialismus, ist sie seine feste Stütze bei der Ausplünderung der deutschen Werktätigen durch Tribute. Es gibt nur eine Kraft gegen den Vertrag von Versailles, gegen den Youngplan und gegen die Tribute — das sind die kommunistischen Parteien in allen Ländern, das ist die kommunistische Internationale.

Genosse Stutschka tot

Moskau, 27. Januar. Einer der ältesten bolschewistischen Kämpfer, ein aktiver Funktionär der KPSU und der Komintern, der Vorsitzende der Internationalen Kontrollkommission, Genosse Peter Stutschka, ist gestorben.

Peter Stutschka ist im Jahre 1865 als Sohn eines Bauern in Lettland geboren. Er nahm aktiven Anteil an dem revolutionären Kampf der russischen Arbeiterschaft in den Reihen der bolschewistischen Partei. Nach dem Sieg der Oktoberrevolution wurde er Volkstschestnik der Justiz von 1918 bis 1919. Während des Bestehens der Sowjetregierung in Lettland war er deren Vorsitzender. Von 1923 an war er ununterbrochen Vorsitzender des Obersten Gerichtshofes der KPSU. Er hat zahlreiche Arbeiten über die Agrarpolitik, die nationale Frage und über die Theorie der Staatsrechte verfaßt. Das Präsidium des Zentralerziehungskomitees der Sowjetunion ernannte eine besondere Kommission unter dem Vorsitz des Genossen Krylenko, um das Begräbnis Stutschkas zu organisieren.

Der Aufschwung der Sowjet-Eisenbahnen

Moskau, 27. Januar. Die Errungenschaften der Eisenbahnen der Sowjetunion waren im abgelaufenen Jahr sehr groß.

Dies wird besonders augenscheinlich, wenn man die Eisenbahnen der Sowjetunion mit denen der kapitalistischen Länder vergleicht. An den deutschen Eisenbahnen sank der Güterverkehr im vergangenen Jahre gegenüber 1929 im Passagierverkehr um 33 Prozent je Tonnenkilometer und um über 19 Prozent je Personenkilometer. In den Vereinigten Staaten sank der Personenverkehr im abgelaufenen Jahr auf das Niveau von 1904. In den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres standen 610 000 Waggons still, d. h. etwa 28 Prozent des gesamten Güterwaggonparks der amerikanischen Eisenbahnen.

In der Sowjetunion wächst das Arbeitstempo an den Eisenbahnen von Jahr zu Jahr. Der Fünfjahresplan sah für das dritte Jahr einen Güterverkehr der Eisenbahnen von 210 Millionen Tonnen vor, aber tatsächlich wurden im vergangenen Jahr 254 Millionen Tonnen verschiedener Güter transportiert. Im Personenverkehr wurden die Ziffern des Fünfjahresplans für das Jahr 1931 um 50 Prozent überholt.

Ausdehnung der Streifbewegung in Polen

Drohender Generalstreik in Lodz — Verlagen der faschistischen Steuerhölle

Warschau, 27. Januar. Die Versuche der Reformisten, den Streik der Straßenbahner in Lodz abzuwürgen, sind gescheitert. Alle städtischen Verkehrsmittel stehen still. Der Streik beginnt sich bereits im gesamten öffentlichen Leben auszuwirken. In den Büros und Nemtern ist eine Störung eingetreten, weil die Beamten infolge des Straßenbahnerstreiks nicht rechtzeitig zur Arbeit kommen können.

Am gestrigen Tage sind 20 000 Trikotagenarbeiter in den Streik getreten, weil die Unternehmer einen 30prozentigen Lohnabzug verlangten. Sowohl der Straßenbahnerstreik als auch der Streik der Trikotagenarbeiter stehen unter Führung der K.G.D. Die städtischen Arbeiter (Gas- und Elektrizitätswerke) haben beschlossen, in den Sympathiestreik zu treten. Es wird mit dem Ausbruch des Generalstreiks schon für den morgigen Tag gerechnet.

Auch in Oberschlesien im Dombrowaer Revier hat sich die Lage verschärft. Gestern sind in Lajiska die Arbeiter von drei Schächten, die Eigentum des Fürsten Pleß sind, in den Streik getreten. Um einen gleichzeitigen Streik der Bergarbeiter, der Metallarbeiter und der Lodzger Textilarbeiter und Straßenbahner zu vermeiden, sagte gestern die Schlichtungskommission der Hüttenindustrie den Beschluß, die Löhne der Metallarbeiter bis zum 1. April nicht herabzusetzen.

Die Kohlenarbeiter sind nach wie vor entschlossen, gegen jeden Pfennig Lohnabbau, gegen jeden Versuch, weitere Entlassungen

durchzuführen, sofort in den Streik zu treten. Die Reformversuche der Reformisten blieben erfolglos.

Lohnkämpfe in Nordfrankreich

Paris, 27. Januar. Die Unternehmer des nordfranzösischen Kohlenreviers haben in Douai beschlossen, das Lohnabkommen mit den Grubenarbeitern zum 1. Februar zu kündigen. Sie verlangen eine 10prozentige Herabsetzung der Löhne, und zwar gestaffelt 5 Prozent zum 1. Februar und 5 Prozent zum 16. März. Die unter Führung der K.G.D. stehenden Arbeiter haben erklärt, daß sie keine Herabsetzung der Löhne annehmen, und jeden Versuch einer solchen Herabsetzung mit Streik beantworten wollen.

Befreit die Negerjungen von Scottsboro

New York, 27. Januar. Der Oberste Gerichtshof des Bundesstaates Alabama verhandelt die Berufung der Angeklagten von Scottsboro in Abwesenheit der Beurteilten. Der Oberste Gerichtshof hat von Arbeiterorganisationen der ganzen Welt tausende Telegramme erhalten, die die Aufhebung des Todesurteils fordern.

Rebelanführer Sandino

eine fast legendäre Gestalt aus der südamerikanischen Freiheitsbewegung, soll nach bisher unbestätigten Meldungen einer der Anführer der Arbeiter und kleinen Pächter von San Salvador gewesen sein, die sich gegen ihr ungeheures Elend in einer breiten revolutionären Erhebung wehrten.

In der Nähe von Santa Ana soll bereits seit zwei Tagen eine Schlacht zwischen den Aufständischen und Regierungstruppen im Gange sein. Die Städte La Libertad, Sonsonate und Amuacapan sollen von den Aufständischen eingenommen worden sein.



A-SCHARRER

Der große Befreiung

(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

42. Fortsetzung.

„Das Gesetz zum Schutz der Republik bedroht mit Geldstrafe oder Zuchthaus: Wer an einer geheimen staatsfeindlichen Verbindung teilnimmt, oder sie unterstützt, wenn sie den Zweck hat, die verfassungsmäßige Staatsform zu untergraben.“

„Weißt du nicht, wie das gemeint ist?“

„Stell dich doch nicht so dummi an!“

„Wenn ihr in Zukunft die Zustände in dieser Republik, in der ihr bis zum Anfaß ausgebeutet werdet, ernsthaft bekämpfen wollt, dann könnt ihr hinter die Gitter kommen; denn der Kampf des Proletariats ist ein Kampf gegen den Kapitalismus, gleichviel unter welcher Staatsform.“

„Zehr richtig!“

Thorm kommt für einen Augenblick durch den Vorhang. Er raucht hier an einer Zigarette. Bodroß zählt unter unerbittlicher Aufmerksamkeit der Versammlung die Unterlassungsünden des Proletariats auf und schließt: „Dieses Gesetz hat nur einen Zweck: Die Aushenkerrepublik vor dem anstürmenden Proletariat zu retten. Darüber können die lächerlichen Mäggen eines mildegewordenen Spießbürgers nicht hinwegtäuschen!“

Clemens sprach die letzten Sätze auseinandergezogen und hart. Ingeborg erhob sich und versuchte auf ihn einzureden. Clemens ließ sich jedoch nicht stören.

„Es ist kein Zufall, daß die Vorkämpfer der Revolution von dem Referenten nicht genannt wurden. Der Geist, in dem die Vereinigung der K.P.D. mit der U.S.P.D. erfolgt, ist der Geist der Erzberger, Rathenau, Stinnes und Stinnes!“

Clemens Rede machte starken Eindruck. Viele stützten Beifall, doch die meisten schwiegen erschüttert. Ein Teil der Versammlung verließ den Saal.

„Durch diese Hand! Eine Schande ist das, eine Affenhande so was!“ „Macht's doch besser, wenn ihr könnt! Dreißt

auch bloß Phrasen, weiter nichts!“ schimpften andere. Thorm stand wütend auf der Bühne.

Ingeborg klingelte: „Der Genosse Thorm wird noch ein kurzes Schlusswort halten.“

Langsam trat Ruhe ein. Der Saal hatte sich merkbar gelichtet. Thorm beginnt:

„Genossen, ich will mich auf einige Worte beschränken; Wer sich zu dem wilden Haufen schlagen will, mag das tun. Ich habe in meinem Referat deutlich gesagt, was notwendig ist, und ich lehne es ab, mich mit Worthelmen über die Taten unserer lieben Rosa und Karl zu unterhalten. Ihr Tod ist die tragische Folge der Zerissenheit des Proletariats; doch was brauchen sich diese Leute darüber Kopfschmerzen zu machen.“

Ein neuer Sturm legt ein.

„Ich — glaube — an — die — Einheit — und — die Kraft — des — deutschen — Proletariats!“ überschreit Thorm den Zwischenrufer und tritt ab.

Clemens und Ingeborg gingen zusammen fort. Draußen begrüßte Ingeborg Albert:

„Tag Albert, sieht man dich auch wieder mal?“

„Ja, wollt auch mal sehen, was nun wird!“

Dann wandte sich Ingeborg an Clemens:

„Du bist trotzdem im Irrtum. Du verkennst, daß die Revolution vorerhand erledigt ist. Die Massen sind müde. Wir müssen sammeln. Wir haben den November gemacht, in dem wir der Sauerkeit waren. Wären wir nicht gewesen, hätte es nicht geklappt, schon ganz und gar nicht. Ihr macht einen großen Fehler, glaubt mir.“ Ingeborg kämpfte nachdrücklich mit seiner Krücke auf das Pflaster.

Clemens sah Ingeborg lächelnd an und verabschiedete sich dann: „Wir wollen uns später sprechen. Hoffentlich wird der Sauerkeit nicht schimmeln!“

Ingeborg ging eine Weile schweigend neben Albert her. „Zum Verzweifeln!“ begann er dann sinnend. „Gerade die Besten verlieren wir. Jetzt, wo doch jeder Mann gebraucht wird! Jeder einzeln! — Gute Nacht, Albert, wir sehen uns ja nun öfter.“ Ingeborg hielt Alberts Hand lange in der seinen.

„Werd' mich schon wieder einfinden, wenn's so weit ist“, antwortete Albert.

Margot war in die Stadt gefahren und hatte eingekauft. „Hast du was gemeldet geholt?“ fragte Albert.

„Natürlich, wie sollte ich einkaufen?“

„Wieviel hast du denn bekommen?“

„Einkaufendeinhundert Mark.“

Margot ordnete die Zettel, auf denen der Preis der Waren stand, und schob Albert diese Zettel hin. Die verrechnete Endsumme war 940 Mark. „Wenn wir uns hinsetzen, essen wir das bischen mit einem Male auf“, erläuterte Margot die Rechnung. „Wenn ich noch etwas Fleisch und Wurst, und ein paar Pfund Kartoffeln kaufe, dann bleibt von deinem Krankengeld nicht mehr viel übrig.“

Margots Antwort war ohne Vorwurf, aber sie wollte Albert dennoch die Wahrheit sagen. Albert sah keine did mit Butter besetzten Brote, ohne ein einziges Mal zu fragen, ob auch Margot, ob Herbert oder Hilde von dieser Butter essen. Er sah Eier mit Speck und fragte höchstens: „Hast du schon was gegessen, Margot?“ Margot hatte auch gewöhnlich schon was gegessen! Eine Schnitte Brot mit Kunsthonig oder Margarine.

Daß das Paket, das Helene und Karl geschickt hatten, ausschließlich als Krankennahrung Verwendung fand, erfuhr Albert erst, als er den größten Teil schon aufgeessen hatte. Desgleichen, daß Karl mit einem Paket immer zwei Stunden zu Fuß gehen mußte, um es jenseits der Grenze abgeben zu können.

Doch auch Albert hatte Sorgen.

Hilde trat ihm, wenn sie tags zuvor bis spät in die Nacht bei Clemens war, mit einer Unbefangenheit gegenüber, daß er nicht wußte, ist das nun Schamlosigkeit oder Naivität! Es schien ihr ganz selbstverständlich, daß sie ihm keinerlei Rechenschaft abzulegen habe. „Na, Schmied's, Papachen? — So möcht ich's auch mal haben!“ scherzte sie öfter und Albert saute stumm und verstockt weiter.

Manchmal kamen einige Genossen, saßen mit ihr in der vorderen Stube. Hilde sah eine nicht untergeordnete Rolle bei diesen Zusammenkünften zu spielen. Es fiel ihr jedoch nicht ein, für diese Zusammenkünfte zu spielen. Es fiel ihr jedoch nicht ein, Albert konnte sich nicht damit abfinden, sich so „behandeln“ zu lassen. Er ging, als Hilde wieder mit einigen Jugendgenossen in der Stube saß, hinein und suchte lange und umständlich in dem Bücherregal. Das Gespräch verstummte. Alle warteten.

Hilde beobachtete ihn und fragte:

„Was suchst du denn da, Papa?“

(Fortsetzung folgt.)

944 Mark im D. M. V. unterschlagen

Eine langjährige SPD-Leuchte erlischt - Ein Loch in die blecherne Front

Jauer. Der bisherige langjährige Kassierer des D.M.V., Ortsgruppe Jauer, ein stämmiger SPD-Mann, welcher das größte Vertrauen der SPD. besaß, erschütterte die Vertrauenskrise um 944 Mark.

Es ist wohl den einzigen Kandidaten schon aufgelassen, daß er mit seiner Leuchte nicht ganz rein war. Ihm erliefen eines Tages eine bekannte Größe aus Breslau, der Revier Kommandant, die Größe würde Licht in diese Schweinerei bringen. Es scheint aber mit diesem Kommandant auch in seiner Mission zu hupern, denn er hatte es gar nicht beachtet, daß ihm der Kassierer Belege vom Jahre 1930 vorgelegt hatte. Und so ist nur ein „kleines Manne“ festgestellt worden. Dieses Tadel wurde aus der Ortsgruppe heraus eine Kommission vorgeschrieben, und man kam hinter den Betrag.

Es ist übrigens nicht verwunderlich, daß man noch mehr solcher Platon in der SPD. hat, welche auch nicht besser sind, sie werden aber immer wieder als leitende Leuchten gewählt. Auch die ganzen Jahre hindurch sind bei der SPD. Jauer derartige Schweinereien vorgefallen.

Wenn es sich hier um einen Kommunisten handelte, so fiele die SPD. mit dem Schmierengel, der „Kassierer“, wie die Kettenhunde darüber her. Wir als Kommunisten räumen mit derartigen Menschen schnell auf, welche solche unehrliche Machenschaften begehen.

Arbeiten wird bestraft

Peterwig bei Jauer. Ein hiesiger Arbeiter bemühte sich um eine Verdienstmöglichkeit. Es war ihm möglich, 14 Tage Arbeit zu verrichten und er verdiente dabei insgesamt 20 Mark. Als die Arbeit

erledigt war, meldete er sich auf dem Arbeitsamt Jauer erwerbslos. Dort wurde ihm der Bescheid erteilt, daß er drei Wochen Karenzzeit durchzumachen habe. Zur Bestrafung, daß der Prolet vierzehn Tage gearbeitet hatte, muß er jetzt fünf Wochen um 20 Mark auskommen.

Solidarität

Peterwig bei Jauer. Zu Ende des Jahres 1930 wurden durch den Pflichtarbeiterstreik drei Genossen gemahnt. Ein hiesiger Unterstützungsempfänger sammelte auf einer Liste einen größeren Betrag, so daß jeder der gemahnten Kollegen schadlos bleibt. Denjenigen, die ihre Scherflein zeigten, um die Profiteure vor dem größten Not zu bewahren, sind Parteifreie und Mittelständler. Die Solidarität des Proletariats ist eine starke Waffe.

III.-Feier

Sirkberg. Freitag, den 29. Januar, 20 Uhr im „Berliner Hof“ III.-Geburtsfeier unter Mitwirkung des Arbeiter-Musikvereins und des Mandolinenorch. Eintritt 20 und 10 Pfennig.

B Empfehlenswerte Geschäfte in Breslau und Provinz

Zentrum

Adler, Phönix und Dürkopp
Nähmaschinen für Hausgebrauch, Heimarbeit u. Gewerbe - Geringe Anzahlung, kleine Wochenraten - Nadeln, Ersatz- und Zubehörteile sowie Reparaturen aller Fabrikate
Josef Gröblich, Mechanikermeister, Herrenstr. 24
45133

Unterstützt die einzige
„Zigarettenfabrik Breslaus“
Raucht die aus den besten
Tabaken hergestellte Zigarette
„Schlesierstolz“
44534

Nur mit „Ruba“
ganz allein
blendend rein
wie Sonnenschein
Ruba-Seife
für jede
Wäsche
44213

Möbel
gut und billig
bei
Biener & Dührig
„Möbelquelle“
Kupferschmiedestr. 28
45592

Besucht die
Toni-Imbühne Ost
Tautenzienstr. 177
am Ohlauer Tor
44833

Empfehlenswerte Lokale in Breslau

Gastwirtschaft „Zur Erholungsstätte“
Inhaber: Hermann Wittke - Telefon 46127
Zimpeler Straße Nr. 37
6 Minuten von der Straßenbahnlinie!
Angenehmer Aufenthalt Für Familien besonders geeignet
Gute Verpflegung - Ausschank von Haase-Bier
43528

Zentral-Gaststätten
Telefon 28427
Ballsaal mit moderner Bühne
Großes Vereinszimmer
Westendstraße 50/52. Inh. Fritz Viertel
43153

Adlers Gaststätte, Friedr.-Wilh.-Str.
Ecke Willmannstr.
Angenehmer Aufenthalt 43676

Besuchen Sie **Kubiks Gaststätte**
mit Garten, **Bergstraße 10**
Kulanteste und billigste Bedienung 44354

Besucht das
Zentral-Theater
44519 Westendstr. 50-52

Verlangt
„Richter-Korn“
44218

Paul Döring
Gastwirtschaft
Rosenstraße 26
43481

Besucht
Hupkas Gaststätten
Matthiasstraße 88 Adalbertstraße 27
Frankfurter Str. 19 Steinauer Str. 35/37
43926

E. Richter, Likörfabrik
Brieger Straße Nr. 8-10
43942

Alle Lebensmittel bei
E. Ulrich Nachf., Oderstr. 44
43667

Strehlen
Fleisch- und Wurstwaren
Rth. Hartmann, Wasserstr. 1
45673

Holz- u. Kohlenhandlung
M. Finger, Frankentiner Str. 1
43664

Herren- und Damen-Frisier-Salon
Erich Seidel, Münsterberger Str. 22
43665

Reserviert
43666

Reserviert
44613

Das richtige
Kornbrot
alle Tage frisch
Bäckerei Röhrich
Kohlna. 43 43596

Beuthen o. Oder, Bez. Liegnitz
Die sparsame Hausfrau
kauft ihre
Lebensmittel
nur bei **Georg Meißner, Kolonialwaren**

Fleischerei und Wurstfabrik
Richard Kliemt
1918 44116

Richard Malwald, Junkernstr. 10
Lebensmittel, Spirituosen, Tabakwaren 44622

Lebensmittel und Gemischtwaren empfiehlt
Paul Reimann Nachf., Schilling, Glogauer Str. 44
44620

Carl Gänside
Uhren - Musikwaren - Optik
Junkernstraße 44 44621

Breslau-West

Molkerei Emanuel Kroll
Alsenstraße 21 Lehndamm 2
43154

Reserviert
Wüsteglersdorf
Südfrüchte, Obst, Gemüse zu
niedrigsten Preisen empfiehlt
Obst- und Gemüse-Zentrale, Blumenau 31
44112

Ernst Teichmann, Hauptstr. 1
Kleiderstoffe - Bettwäsche / Haus-
und Küchenwäsche - **Trikotagen**
Bei Barzahlung 5 Prozent Rabatt
44122

Jauer

Wilh. Brühl
Berufsbekleidung
Kirchstr. 3
44204

Brodt- u. Feinbäckerei
Fr. Peschke
Lindenstraße 7
43043

**Handschuh-
Spezialgeschäft**
und Herrenartikel,
Damenstrümpfe
Wilhelm Lietert,
44200 Ring 23

**Herren- und
Knaben-Bekleidung**
kauft bei
Otto Schneider
Königsstraße 30
43041

Reserviert
44207

Brodt-, Weiß- und Feinbäckerei
44205 **Curt Warmuth, Königsstraße 12**

44206 **Max Feinzier, Inh.: Wilhelm Pohl**
Großdestillation u. Likörfabrik, Fern-
ruf 134, Königsstraße 11 u. **Ausschank**

Verlangt stets Haselbach- und Kipke-Bier
44203 **Erich Keil, Kirchstraße 1**

Franz Bittner, Striegauer Straße 8
44201 **Brodt-, Weiß- und Feinbäckerei**

Besuchen Sie die Billig-Bekleidung
43940 **„Gasthof 3 Tauben“**

Lebensmittel
43939 **Martha Romainczyk, Ahlauer Str. 18 a**

Likör- und Essigfabrik
43936 **Alois Weiß, Goldberger Straße**

August Felde & Sohn Telefon 103
43935 **Likörfabrik u. Weinhandlung**
Tabakwaren, Fruchtsaftpresserei

Schuhwaren und Fußpflege
43937 **K. Klieck, Goldberger Str. 32**

„Schauburg-Lichtspiele“
44511

Reinhold Köhler
43934 **Vorwerkstraße 32**
Fleisch- und Wurstwaren

Richard Wenke
43942 **Goldberger Straße 24**
Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Weinhold
43933 **Goldberger Straße 10**
Ia Fleisch- und Wurstwaren

Imbißstübchen 43108
„Drei Kronen“
Treff der Werktätigen

Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg

F. Dietsch
43070 **Gräbschener Straße 110**

Hausfrauen, kauft Eure Fleisch- und Wurstwaren
bei **Herbert Krappitz**
Tautenzienstraße Nr. 152
43529

Drogerie
und Fotohandlung
A. Kirchner
Gräbschener Straße 53
43184

Malerergesellschaft m. B. N.
Klosterstraße 98/100 Tel. 248 81
43530 **Malerarbeiten aller Art**

Konrad Haunschild, Gräbschener Str. 58
44210 **Kolonialwaren**
Täglich frisch gerösteter Kaffee

Kohlenhandlung Max Scholz
43531 **Mauritiuspl., Ecke Klosterstr. 46**

Reinhold Schaepeke, Gräbschener Straße 42
44612 **Eisenwarenhdlg., Haus- u. Köchengeräte**

Hausfrauen, feine Fleisch- u. Wurstwaren
bei **Wilhelm Peucker**
Klosterstraße Nr. 99 43532

Hausfrauen
Eure **Kolonialwaren** bei
H. Wenzel, Lehmgrubenstr. 68
44209

M. Kricke, Löschstr. 13
43525 **empfehlen Lebensmittel aller Art**
Billige Bedienung 9% Rabatt Niedrige Preise

Kolonialwaren u. Weine
Wilhelm Krieger, Steinstr. 91
43372

Hausfrauen: Eure Fleisch- u. Wurstwaren
bei **Heinrich Siwek**
Klosterstraße Nr. 135 43526

Eduard Sternitzke, Lewaldstraße 8
43927 **Fleischerei und Wurstfabrik**

Kolonialwaren - Weine - Spirituosen
Gebr. Scholz 43527
Klosterstraße Nr. 53, am Mauritiusplatz

Josef Mateyka
43023 **Fleischerei u. Wurstfabrik**
Gute Ware, niedrige Preise
nur **Rosenthaler Straße 4**

Paul Rudolph, Brüderstr. 45, Ecke Palmstr.
44512 **EDEKA-Laden**
Kolonialwaren - Weine - Spirituosen

Wild - Geflügel
43943 **Max Schlog, Scheinitzer Straße 14**

Jupo-Schuhreparatur
43324 **Lützowstr. 2**

Feine Fleisch- und Wurstwaren
43937 **bei K. Klumpke, Hirschstr. 70**

Kolonialwaren
Erich Franz
Klosterstr. 146
8 Proz. Rabatt 43929
großes Lager, bekannt
billig 44513

Bäcker u. Konditorei
Karl Pusck
43947 **Hedwigstr. 22 - Filiale Steinstr. 122**
Karlowitzermarkt 11

Möbelhaus Klappauf
Brüderstraße 3
43925 **Vollmöbel, neu und**
gebraucht
großes Lager, bekannt
billig 44513

Neuzeitliche Gasapparate
43921 **Bequeme Teilzahlung**

Städtische Gaswerke

Spare bei der 43957 **Stadt-Sparkasse (Rathaus)**

Oels 43957

Molkerei Oels-Juliusburg 43956
empfehlen täglich ihre
frischen Molkereiprodukte

Fahrradhandlung und Reparaturwerkstatt
43928 **Fritz Becker, Nachodstraße 3**

Palast-Theater
43966 **Dienstag und Freitag, Programmwechsel**
Stets die neuesten **Tonfilme**

Schuhhaus
Ring
16
43964 **Schaepe**

Albert Willmann, Cullenstr. 5
43953 **Arbeitsbekleidung, Bettwäsche, Inlets**
Bettdecken - 5 Prozent Rabatt

Kauf am Platze 43959
Feine Fleisch- und Wurstwaren
bei
43960 **Max Schapke, Ring 54**

Carl Gänside
Uhren - Musikwaren - Optik
Junkernstraße 44 44621

Lebensmittel und Gemischtwaren empfiehlt
Paul Reimann Nachf., Schilling, Glogauer Str. 44
44620

Möbelfabrik und Magazin 45148
Wilhelm Fiebig, Christoph-Ludwig-Str. 48

Fleischerei u. Wurstfabrik 44630
Max Runschke, Lindenstraße 9

Görlitz
45148 **Möbelfabrik und Magazin**
Wilhelm Fiebig, Christoph-Ludwig-Str. 48

Reserviert 44114
Carl Schönler, Dorfstraße 127
empfehlen Konfektion u. Schuhwaren
zu niedrigsten Preisen

Reserviert 44115
Schuhhaus Eduard Scholz
Hauptstraße 45

Reserviert 44116
Fleischerei und Wurstfabrik
Richard Kliemt

Reserviert 44117
Kauft bei Max Karschner
Größte Auswahl in Textilwaren

Reserviert 44118
Paul Lange, Blumenau 28
Kolonialwaren, Spirituosen, Cabake

Reserviert 44119
Kauft bei Max Karschner
Größte Auswahl in Textilwaren

Reserviert 44120
Löwen-Drogerie, Inh. Alfred Urban
Hauptstraße Nr. 15

Reserviert 44121
Carl Schönler, Dorfstraße 127
empfehlen Konfektion u. Schuhwaren
zu niedrigsten Preisen

Reserviert 44122
Schützenhaus Maltwasser
Beliebtes
Ausgangslokal
15 Min. v. Bahnhof Ober-Wüsteglersdorf
44126 Jeden Sonntag Tanz
E. Strauch

Reserviert 44123
Hugo Schreiber 44123
Dörnhauserstr. 1
Fotografisches Atelier
empfiehlt sich zu
Hochzeits- u. Gruppen-
aufnahmen. Die
Handlung f. d. Amateur

Reserviert 44124
Fleisch- und Wurstwaren.
Otto Franke, Auenstr. 25

Reserviert 44125
Milch und
Molkereiprodukte
Robert Hartwig
Hauptstraße 6

Reserviert 44126
Paul Lange, Blumenau 28
Kolonialwaren, Spirituosen, Cabake

Reserviert 44127
Max Feinzier, Inh.: Wilhelm Pohl
Großdestillation u. Likörfabrik, Fern-
ruf 134, Königsstraße 11 u. **Ausschank**

Reserviert 44128
Verlangt stets Haselbach- und Kipke-Bier
44203 **Erich Keil, Kirchstraße 1**

Reserviert 44129
Brodt-, Weiß- und Feinbäckerei
44205 **Curt Warmuth, Königsstraße 12**

Reserviert 44130
Brodt- u. Feinbäckerei
Fr. Peschke
Lindenstraße 7

Reserviert 44131
**Handschuh-
Spezialgeschäft**
und Herrenartikel,
Damenstrümpfe
Wilhelm Lietert,
44200 Ring 23

Reserviert 44132
**Herren- und
Knaben-Bekleidung**
kauft bei
Otto Schneider
Königsstraße 30

Reserviert 44133
Brodt-, Weiß- und Feinbäckerei
44201 **Franz Bittner, Striegauer Straße 8**
Brodt-, Weiß- und Feinbäckerei

Reserviert 44134
Besuchen Sie die Billig-Bekleidung
43940 **„Gasthof 3 Tauben“**

Reserviert 44135
Lebensmittel
43939 **Martha Romainczyk, Ahlauer Str. 18 a**

Reserviert 44136
Likör- und Essigfabrik
43936 **Alois Weiß, Goldberger Straße**

Reserviert 44137
August Felde & Sohn Telefon 103
43935 **Likörfabrik u. Weinhandlung**
Tabakwaren, Fruchtsaftpresserei

Reserviert 44138
Schuhwaren und Fußpflege
43937 **K. Klieck, Goldberger Str. 32**

Reserviert 44139
„Schauburg-Lichtspiele“
44511

Reserviert 44140
Reinhold Köhler
43934 **Vorwerkstraße 32**
Fleisch- und Wurstwaren

Reserviert 44141
Richard Wenke
43942 **Goldberger Straße 24**
Fleisch- und Wurstwaren

Reserviert 44142
Wilhelm Weinhold
43933 **Goldberger Straße 10**
Ia Fleisch- und Wurstwaren

Reserviert 44143
Imbißstübchen 43108
„Drei Kronen“
Treff der Werktätigen

Reserviert 44144
Inserate
haben in unserer Zeitung
guten Erfolg